



Mithat Sancar verhandelt den Frieden zwischen PKK und Türkei. Seiten 12–13

Hör mal, wer da hämmert!

Trotz Job-Exodus: Meister haben ein Brett vor dem Kopf. Jetzt schlagen Zimmerleute Alarm! Seite 3

Brutal gegen Bähnlerin
Darum macht Zugbegleiterin Helene Bürge trotz Angriff weiter. Seite 5

Grüezi Grüze
Reportage aus dem darbenden Industriequartier in Winterthur. Seite 6

Sonntags-Shopper endlich stoppen

Nationalrat will dem Verkaufspersonal dreimal mehr Sonntagsarbeit aufzwingen. Unia droht mit Referendum. Seite 9





DER REINSTE HORROR

Noch beängstigender als die Halloween-Fratzen, die bald wieder durch Läden und Strassen geistern, sind die Aussichten auf die kommenden Krankenkassen-Rechnungen: Im Schnitt steigen die Prämien um 5 Prozent. Wann gab es zuletzt eine Lohnerhöhung von 5 Prozent? Eben. Die Prämien galoppieren, die Löhne trotten hinterher. Dazu kommen höhere Kosten für Miete, Mobilität und Essen. Unter dem Strich bleibt jedes Jahr weniger im Portemonnaie der Lohnabhängigen. Besonders hart trifft es Menschen, die arbeiten und trotzdem nicht über die Runden kommen: die Working Poor. Das sind rund 360 000 Menschen, 8,8 Prozent aller Erwerbstätigen. Mit ihren Familien sind es über 820 000, schreibt Caritas. Reserven? Null.

Bürgerliche starten Angriff um Angriff auf Lohn und Zeit der Arbeitenden.

Kein Puffer, kein Sparen, kein Spielraum. Diese Menschen sind weder faul noch unwillig. Sie arbeiten. In Tieflohnbranchen

oder mit Minipensen. Armut trotz Arbeit ist der reichen Schweiz unwürdig. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament lässt das kalt. Stattdessen startet sie unverfroren Angriff um Angriff auf Lohn und Zeit der Arbeitnehmenden.

ANGRIFF I. Im Sommer hat das Parlament beschlossen, dass Gesamtarbeitsverträge Vorrang vor kantonalen und kommunalen Mindestlöhnen haben sollen. Verkauft wird das als «Stärkung der Sozialpartnerschaft». Klingt nett, ist aber ein hübsch verpackter Angriff auf die Mindestlöhne. Und auf demokratische Entscheide. Denn in mehreren Kantonen und Gemeinden hat das Stimmvolk Mindestlöhne beschlossen. Gegen diesen Lohn-Angriff haben Gewerkschaften und linke Parteien das Referendum ergriffen und mit 100 000 Unterschriften eingereicht, doppelt so viele wie nötig. Jetzt hat das Volk das letzte Wort. Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Wer die Mindestlöhne schwächt, trifft genau jene Beschäftigten, die jeden Franken zum Leben brauchen.» (Seite 11)

ANGRIFF II. Doch damit nicht genug. Seit dreissig Jahren rütteln die Bürgerlichen mit einer Ausnahmebewilligung nach der andern am arbeitsfreien Sonntag. Der neueste Coup: Der Nationalrat will, dass Läden an zwölf statt an vier Sonntagen offen sein dürfen. Verkäuferin Doris Schneeberger ist enttäuscht: «Die Politiker im Bundeshaus würden ja auch nicht am Sonntag arbeiten wollen – warum sollen wir Verkäuferinnen das machen?» Ja, warum eigentlich? Nur weil die Läden länger offen sind, haben die Leute nicht mehr Geld zum Ausgeben. Und trotzdem versuchen es die Turbo-Lädeler immer wieder. (Seite 9)

ANGRIFF III. Um Lohn und Zeit geht es auch in der Holzbranche. Beim work-Besuch auf einer Grossbaustelle bei Winterthur hämmern Zimmerleute im Takt, ein uralter Brauch, mit dem man früher böse Geister vertrieb. Jetzt wollen sie damit den Ausreden der Chefs den Garaus machen. Denn die Meister bieten eine Lohnerhöhung, die nicht mal die Teuerung deckt, mitten im Boom und obwohl Zimmerleute schon jetzt mindestens 500 Franken weniger verdienen als Maurer. Gleichzeitig wollen sie die Samstagsarbeit «normalisieren», von einer Arbeitszeitreduktion aber nichts wissen. Kein Wunder, denkt fast die Hälfte der «Hölzigen» an einen Jobwechsel. «Auf dem Bau bis 65? Nein danke», sagt Zimmermann Dorian Duangta. (Seite 3)

Halloween dauert eine Nacht. Der Spuk um Löhne und Arbeitszeit bleibt, wenn wir nichts tun. Gegen böse Geister hilft nur eins: gemeinsam Krach machen, im Takt, wie die Zimmerleute. Wer arbeitet, soll vom Lohn leben können und Zeit zum Leben haben. Alles andere ist der reinste Horror.

Bern: Tausende fordern mehr Rechte für Migrantinnen

«Zusammen können wir die Welt verändern»

Die Unia und weitere Organisationen haben zur Migrationsdemo aufgerufen. Tausende sind gekommen. work wollte von den Menschen vor Ort wissen: Warum bist du heute hier?

«Weil sich der humane Wohlstand einer Gesellschaft am Wohlstand der Schwächsten misst. Den Politikerinnen und Politikern möchte ich sagen, dass sie dafür sorgen sollen, dass es der gesamten Bevölkerung in diesem Land gutgeht. Das umfasst auch Migrantinnen und Migranten.»

Marília (65)

«Die Schweiz ist manchmal ein Beispiel für andere Länder. Sie denken, dass hier alles superkorrekt sei, obwohl das nicht so ist. Die Schweiz hat viele Probleme, die noch ungelöst sind.»

Ionela-Cătălina

«Weil alle Menschen leben dürfen. Damit es keine Grenzen gibt und alle Menschen frei sein dürfen.»

Ahmed (19)

«Um mit anderen zu demonstrieren. Wenn wir unsere Stimmen zusammen-tun, können wir die Welt verändern. Wir verdienen alle Liebe, Respekt und Glück.»

Marianne (78)

«Um gegen die unmenschliche Politik gegenüber allen Geflüchteten zu protestieren, die in der Schweiz viel zu schlecht aufgenommen werden.»

Emmanuel (34)

«Weil Sans-papiers immer noch einen sehr erschwerten Zugang zur Justiz haben, obwohl das selbstverständlich sein sollte. Es ist sehr wichtig, dass das Recht von besonders vulnerablen Leuten, die sich im Asylsystem befinden, umgesetzt wird und die Missstände aufgezeigt werden.»

Barbara (46)

Keine 50-Grad-Sommer: Die besten Bilder von den Klimademos Mit Transpis und Wut gegen die Ignoranz

Tausende Menschen sind in den Schweizer Städten auf die Strasse gegangen, um für wirksame Massnahmen gegen die Klimaerhitzung zu demonstrieren.



FOTO: MANU FRIEDERICH / WORK



GLEICHGETAKTETER HAMMERSOUND: Mit dem traditionellen Zimmermannsklopfen werden böse Geister vertrieben oder aber Arbeitsniederlegungen eingeläutet. FOTO: MIKE KRISHNATREYA

Elsau ZH: Zu Besuch bei den «Hölzigen» auf der Grossbaustelle

Hämmern für den Aufbruch

Der Holzbau boomt und ist voller Zukunft. Doch bei den Arbeitsbedingungen harzt es heftig. Bringen die laufenden GAV-Neuverhandlungen die nötige Wende? Stimmungsbild von einer Zürcher Grossbaustelle.

JONAS KOMPOSCH

Fast gespenstig leise ist es an diesem Herbstmittwoch an der Riedstrasse in Elsau ZH östlich von Winterthur. Und das, obwohl hier eine gigantische Baustelle liegt. Fast 200 Genossenschaftswohnungen sind geplant. Ihr Betonkern ist längst gebaut. Jetzt sind die Zimmerleute am Werk. Gleich vier verschiedene Holzbaubuden sind engagiert. Sie montieren die vorgefertigten Decken- und Wandelemente, die ihnen ein Kran aufs Dach hebt – eine geräuscharme Tätigkeit. Und auch der Schindelfassadenbauer aus dem Appenzellerland macht kaum Lärm. Denn seine Fichtenschindeln vernagelt er nicht mehr wie anno dazumal mit dem Hammer, sondern mit einer geräuscharmen Akku-Pistole. Doch dann, kurz vor Mittag, hämmert es plötzlich doch noch – laut und heftig aus allen Richtungen. Und die Unia steht auf Platz!

ALTER BRAUCH GEGEN BÖSE GEISTER

Gekommen ist die Gewerkschaft mit allerhand aktiven Mitgliedern aus der hölzigen Branche. Ihr Ziel: die Kolleginnen und Kollegen auf der Grossbaustelle über die laufenden GAV-Verhandlungen zu informieren. Für die maximale Aufmerksamkeit haben sich die Hölzigen was einfallen lassen. Zuerst verteilen sie sich auf verschiedene Posten und legen dort Holzbalken bereit. Dann beginnt auf Kommando ein kollektives Hämmern. Der zuerst absichtlich dissonante Krach pendelt sich bald ein. Und für ein paar Minuten dröhnt durch Elsau ein rhythmischer, gleichgetakteter Hammersound. Eine ungewöhnliche Darbietung, die natürlich die ganze Baustelle gwundrig macht. Unia-Sekretär Matthias Wüthrich klärt auf: «Das ist das tradi-

tionelle Zimmermannsklopfen!» Dabei handle es sich um einen alten Brauch, den die Zimmerleute teils bis heute praktizierten, besonders nach wichtigen Bauphasen wie der Aufrichte. Früher habe man so auch böse Geister vertrieben, weiss Wüthrich weiter. Oder aber Arbeitsniederlegungen «eingeläutet». So wie an diesem Tag.

«ABNORMAL» STURE CHEFS

Während die Gewerkschaft Güggeli offeriert, holt Zimmermann Alvaro Acuña (34) zu einer Ansprache aus: «So viele Zimmerleute auf einem Haufen habe ich seit der LAP nicht mehr gesehen!» Die Menge lacht. Doch dann wird's ernst: «Die GAV-Verhandlungen

laufen extrem harzig», ruft Acuña. Die Arbeitgeber hätten ein «hundslauses Lohnangebot» gemacht. Nämlich eines, das nicht einmal die Teuerung ausgleiche. Dabei bestehe gerade bei den Löhnen massiver Aufholbedarf, besonders angesichts der körperlich harten Arbeit, der anspruchsvollen Ausbildung und nicht zuletzt auch wegen des anhaltenden Holzbaubooms, der vielerorts fette Profite abwerfe. «Trotzdem verdienen wir mindestens 500 Franken weniger als die Maurer», empört sich Acuña. Doch nicht genug: «Die Meister nehmen auch unsere Forderungen nicht ernst, von einer Arbeitszeitreduktion oder Viertagewoche wollen sie nichts wissen. Im Gegenteil wollen sie jetzt auch noch die Samstagsarbeit normalisieren.» Auch Giuseppe Reo, bei der Unia mitverantwortlich für die Holzbauverhandlungen, ist konsterniert über das bisherige Verhalten der Arbeitgeber: «Ich sitze in vielen Verhandlungsdelegationen, aber so hart wie bei den Holzbauern ist es nirgends – das ist abnormal!» Reo hat dafür kein Verständnis. Etwas mehr Aufgeschlossenheit käme nämlich auch den Firmen entgegen. Die Zahlen haben es jedenfalls in sich.

EXODUS LÄUFT – POLIZEI PROFITIERT

Wegen der rückständigen Arbeitsbedingungen überlegen sich fast die Hälfte aller Zimmerleute einen Jobwechsel. Zu diesem Schluss kam eine



NICHT ZUFRIEDEN MIT DEN MEISTERN: Zimmermann Alvaro Acuña fühlt sich von den Arbeitgebern nicht ernst genommen. FOTO: MIKE KRISHNATREYA

Unia-Umfrage Anfang Jahr. Und beim Überlegen bleibt es nicht. Weil derart viele Holzbauerinnen und Holzbauer ihren Beruf irgendwann an den Nagel hängen, ist das Durchschnittsalter der Verbleibenden ungewöhnlich tief: Zwei Drittel der 22 000 Beschäftigten in der Schweiz sind unter 36-jährig. Auch auf der Elsauer Grossbaustelle zeigt sich diese Tendenz. Die allermeisten hier sind erst um die 30 Jahre alt. Doch viele wollen die Branche bereits verlassen. Zum Beispiel Zimmermann Dorian Duangta (28). Für ihn stehe das Arbeitsvolumen und die täglich erbrachte Leistung in keinem Verhältnis zur Wertschätzung. «Auf dem Bau bis 65? Nein danke!» sagt er. Bald will er mit der Polizeischule begin-

Zimmerleute fordern:

- Mehr Lohn für alle
- Mindestlöhne auch für Berufsleute mit über 10 Jahren Erfahrung
- Mehr Ferien
- Kürzere Arbeitszeiten (z. B. Viertagewoche)
- Besserer Kündigungsschutz für Ältere
- Keine Karenztage bei Krankheit

Landsgemeinde der Holzbranchen, 31.10.26, 10.15 Uhr, Radisson Blu, Luzern

nen. Duangta ist nicht der einzige auf Platz, der die Zimmermannshose mit einer Uniform tauschen will. Meistgenannter Kritikpunkt ist klar der Lohn: Ein Berufsmann aus Winterthur, der anonym bleiben will, sagt: «Noch vor etwa fünf Jahren hat der Lohn einigermassen hingehauen. Aber heute geht alles gleich drauf bei diesen Preisen!» Er habe kürzlich geheiratet und wolle eine Familie gründen. Ob das aber möglich sei

«Da fühlst du dich einfach verarscht!»

MIRCO KÜFER, EHEM. MAURER

mit seinem jetzigen Beruf, wisse er noch nicht. Und Mirco Küfer, ein ehemaliger Maurer, sagt: «Ich arbeite heute mindestens so hart wie in meinem Erstberuf. Doch im Bauhauptgewerbe haben sie kürzere Arbeitstage, eine Frühpensionierung und erst noch höhere Löhne. Da fühlst du dich einfach verarscht!»

MAURER ALS VORBILD

Eine Steilvorlage für Redner Alvaro Acuña: «Warum haben denn die Maurer bessere Bedingungen? Weil die grosse Mehrheit von ihnen in der Gewerkschaft mitmacht!» Übrigens seien auch die Holzbaumeister fast alle Mitglied in ihrem Verband. «Aber was ist mit uns?»

Der Appell des Vertrauensmanns bleibt nicht ohne Wirkung. Beim Dessert unterschreiben einige Kollegen Beitrittsformulare. Ein gutes Omen für den weiteren GAV-Verhandlungsverlauf? Er sei grundsätzlich optimistisch, meint Unia-Sekretär Giuseppe Reo. Zugleich sei klar für ihn: «Ohne Bewegung und Druck von der Basis werden sich diese Arbeitgeber nicht beeindrucken lassen.»

SP-Gaillard gegen Sprit-Geier

BERN. Der ehemalige Gewerkschaftsbundssprecher Benoît Gaillard (41) ist seit einem guten Jahr SP-Nationalrat. Und als solcher bringt er allerhand Ideen nach Bern. Mit einer seiner neusten Motionen will er Handwerksbetriebe und Berufstätige entlasten, die auf das Auto angewiesen sind: Der Bundesrat soll temporär einen Teil der Treibstoff-Pflichtlager öffnen. So würde das Marktangebot erhöht und die jetzt rekordhohen Preise an den Zapfsäulen gesenkt. Gleichzeitig müsse die Regierung dafür sorgen, dass die Anbieter die zusätzlichen Mengen nicht einfach für höhere Margen missbrauchten. Laut Gaillard wäre eine Umsetzung schon in der Wintersession möglich.

Bau kriegt die Kurve

GENÈVE. Die für nächste Woche angekündigten Genfer Bau-Proteste sind abgesagt. Grund ist eine Einigung der lokalen Sozialpartner in quasi letzter Sekunde. Wie die Gewerkschaften Unia, Syna und SIT mitteilen, zieht der Genfer Baumeisterverband seine Kündigung des Anhangs 13 des Landesmantelvertrags (LMV) zurück. Dabei handelt es sich um einen lokalen Zusatz-GAV, der materiell deutlich über den LMV hinausgeht. Etwa mit



PROTESTERFAHREN: Die Bauleute in Genf. FOTO: KEYSTONE

einer bezahlten Znünpause oder einer täglichen 25-Franken-Entschädigung für Fahrtkosten und Mittagessen. Da es im LMV neu eine Baustellenzulage von dereinst 9 Franken gibt, argumentierten die Genfer Meister, sie würden doppelt zur Kasse gebeten. Sie boten eine Sonderbaustellenzulage von 5 statt 9 Franken. Das lehnten die Bauarbeiter ab und verwiesen auf die Lebenskosten in einer der teuersten Städte der Welt. Darauf kübelten die Baumeister gleich den gesamten Zusatzvertrag, was die Bauleute bis zu 500 Lohnfranken pro Monat gekostet hätte. Erneuter Aufruhr war absehbar. Nun also doch noch ein Handshake – dank einem Kompromiss: Die Genfer Baustellenzulage wird 6 Franken betragen.

Ominöses im Omya-Konzern

IZMIR/OFTRINGEN. Der Bergbau- und Industriemineralienkonzern Omya (ehem. Plüss-Stauffer AG) mit Sitz in Oftringen AG ist ein «stiller Riese». Trotz weltweit 9000 Mitarbeitenden, 175 Standorten und einem Umsatz von 5,1 Milliarden Dollar ist der verschwiegene Multi in Privatbesitz kaum bekannt. Anders in der Türkei. Dort sorgen aktuell die Gewerkschaft Dev Maden-Sen und ihr Dachverband Disk für Furore. An einem Protest vor einem Werk bei Izmir soll sogar der Gruppen-CEO und Firmenerbe Eric Schachenmann konfrontiert worden sein. Der Grund: Die lokalen Manager verweigern Verhandlungen mit der Gewerkschaft, obwohl diese von rund 80 Prozent des Personals mandatiert ist. Die Unia hat sich solidarisch erklärt und von der Schweizer Omya-Führung Respekt vor der Koalitionsfreiheit eingefordert.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Polizeistunde Bern: Gegen Abschaffung ohne Kompensation



BIER TRINKEN ZU JEDER TAGES- UND NACHTZEIT? Die Gastro-Büezerinnen und -Büezer müssten ohne Polizeistunde noch mehr chrampfen. FOTO: KEYSTONE

Die ganze Nacht im Club tanzen oder in einer Bar abhängen? Das kann für Nachteulen verlockend klingen. Doch im Kanton Bern ist das mit der Polizeistunde nur bewilligt möglich. Konkret muss das Berner Nachtleben von 3 bis 5 Uhr ruhen. Das will das Kantonsparlament ändern. Der Grosse Rat nimmt eine Motion an, die das Gastgewerbe

«Es fällt mehr Nachtarbeit an, ohne dass es bessere Bedingungen gibt.»

ALAIN GYSIN, UNIA

begezet im ganzen Kanton anpassen soll. Künftig sollen die Gastrobetriebe selbst entscheiden dürfen, wie lange sie offen haben. Für die Motion stimmten 76 Politikerinnen und Politiker, dagegen waren 58. Die Befürworter kamen mehrheitlich aus SVP, Mitte, FDP, GLP und den Grünen.

Dagegen stellte sich eine Mehrheit der SP, der EVP und der EDU. Und auch für die Gewerkschaften wird eine rote Linie überschritten: «Es fällt mehr zu leistende Nachtarbeit an, ohne dass es bessere Arbeitsbedingungen gibt – die Liberalisierung geschieht also zum Nulltarif und voll auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer», erklärt Alain Gysin, Co-Regio-Sekretär der Unia Bern/Oberaargau-Emmental. Auch der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern stellt sich gegen diese Gesetzesänderung.

Das Geschäft geht nun an die Regierung, die eine Gesetzesvorlage ausarbeiten muss. Winkt das Parlament das finale Gesetz durch, kann das Referendum ergriffen werden.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/polizeistunde-bern

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Spanien steht vor Generalstreik und Neuwahlen!

Alles begann, als die gehbehinderte 87-jährige Maricarmen Abascal von einem Immo-Hai auf die Strasse gestellt wurde. Ihre Monatsmiete war zuvor verdreifacht worden – für die Seniorin unmöglich zu stemmen. Doch diese Zwangsräumung brachte das Fass zum Überlaufen. Hunderttausende gehen seither auf die Strasse – landesweit. Nicht nur im Fall der Seniorin Abascal zeigten die



Massenproteste bereits Wirkung. Sie konnte zurück in ihre Wohnung, die Mieterhöhung wurde rückgängig gemacht. Zudem rief der sozialistische Premier Pedro Sánchez Neuwahlen aus. Zuvor hatte ihm die rechte Mehrheit im Parlament zwei Dekrete blockiert, die eine Linderung der Mietkrise hätten bewirken sollen. Mit der Wohnungsfrage im Rücken will Sánchez jetzt eine solide linke Mehrheit erringen. Ob das gelingt, ist fraglich. Auf der Strasse nimmt die Bewegung derweil immer neue Dimensionen an: Spaniens Gewerkschaften rufen vereint zum Generalstreik auf. Das gab es seit 2012 nicht mehr. Wann der eintägige Ausstand stattfinden soll, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/Proteste-Spanien

WORK SOCIAL MEDIA: UNSERE TOP-STORY

Im Holzbau drückt der Schuh: Das sagt das Netz zum Protest

Die Arbeitsbedingungen im Holzbau müssen sich bessern: Davon sind die Zimmerleute und die Gewerkschaften überzeugt. Bei einer Unia-Aktion auf einer Grossbaustelle in Elsau ZH haben die «Hölzigen» auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht (siehe auch Seite 3). Das Video der Zimmerleute sorgt im Netz für Diskussionsstoff. work hat hier eine Auswahl der Kommentare zusammengestellt.



@workzeitung

Mein Mann ist Zimmermann und wacht jeden Tag mit Schmerzen auf. Es muss sich etwas ändern, dringendst! Denuzzo

Auf dem Bau sollten die meisten mit 60 in Pension gehen können. Das wissen Suva, IV und auch die Politiker genau. Meinradmarquart

Lösung: Nach 40 bis 42 Jahren Arbeit gibt es Pension. Ernesto

Sollte auch bei Elektromonteuren so sein. Frühpensionierung für alle! Tanja2255

In Deutschland verlieren die Linken, weil sie sich gegen Arbeitszeitverkürzung aussprechen. Chlausi

Ihr wollt dieselben Bedingungen wie ein Maurer. So viel besser haben wir es nicht. Mikerobin

KI wird die Bauarbeiter nicht ersetzen. Sti



Sozialproteste gegen Merz' Kahlschlag

Der Klassenkampf hat in Deutschland zuletzt nur eine Richtung: Kapital und Regierung nehmen sämtliche sozialen Errungenschaften und grundlegende Beschäftigtenrechte unter Beschuss. Die Rente ohne Kürzungen nach 45 Arbeitsjahren soll gestrichen werden, ebenso die Schulbegleitung behinderter Kinder und die gesetzlichen Mindestpersonalvorgaben im Krankenhaus. Befristete Verträge ohne sachliche Begründung sollen vier statt bis-

her zwei Jahre möglich sein. Tariflöhne sollen im Gesundheits- und Sozialwesen nicht mehr voll refinanziert werden.



den, die Kosten für den Platz im Pflegeheim steigen. Und vieles mehr. Bei den Demonstrationen in mehreren

Städten Ende September wehte ein ganz anderer Wind. Die Menschen machten deutlich, wer wirklich die Probleme im Land verursacht: nicht Migrantinnen, nicht angeblich «faule» Arbeitnehmer. Sondern Superreiche, die kaum Steuern zahlen. Und eine Regierung, die die Bundesausgaben für Bildung und Familien bis 2030 um 26,4 Prozent kürzt, jene für Gesundheit sogar um 43,5 Prozent, aber gleichzeitig den Rüstungsetat aufstockt.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/Sozialabbau-Deutschland



LÄSST SICH NICHT UNTERKRIEGEN: Helene Bürge erlebte einen schlimmen Angriff und engagiert sich nun für ihre Kolleginnen und Kollegen. FOTO: JUN

Wenn der Fahrgast austickt: Helene Bürge (61) über Gewalt im Zug

«Er hörte nicht auf, mich zu schlagen»

Zugbegleiterin Helene Bürge erlebte einen schlimmen Gewaltüberfall bei der Arbeit. work erzählt sie, wie sie dank Arbeitgeber, Gewerkschaft und Familie den Weg zurück zur Arbeit gefunden hat.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Helene Bürge empfängt work an einem wunderschönen Herbstmorgen am Bahnhof in Brig. Bürges Ausstrahlung verrät: Das ist ihr Bahnhof! Sie kennt hier jede Ecke, jede Abfahrtszeit und gefühlt jede Pendlerin. Als Zugbegleiterin der Matterhorn-Gotthard-Bahn verbringt Bürge nicht nur viel Zeit in Brig, sondern reist quer durch den Süden der Schweiz – von Zermatt über Brig bis nach Disentis in Graubünden. Für das Interview schlägt die 61jährige ein Tea-Room in Bahnhofsnähe vor. «Da haben wir etwas Ruhe für ein Kafi und eine Zigi», sagt sie. Doch Ruhe ist relativ. Immer wieder grüsst sie Passantinnen oder Pendler, die sie im Zug fast täglich antrifft.

Dass Bürge heute noch täglich als Zugbegleiterin unterwegs ist, ist keine Selbstverständlichkeit. «Vor 10 Jahren hat mich ein junger Mann grundlos niedergeschlagen. Als ich auf dem Zugboden lag, hat er mit seinen Fäusten weiter auf mich eingeschlagen.» Die anwesenden Fahrgäste haben Bürge zwar sofort geholfen. Doch: «Er wollte einfach nicht aufhören, auf mich einzuschlagen», sagt sie. Bürge erzählt von Panik und wie sie am ganzen Körper gezittert habe. «Im ersten Moment dachte ich mir einfach nur: Das kann doch nicht wahr sein!» Als die Fahrgäste eingriffen, gelang es dem Täter, ein Fenster einzuschlagen und aus dem Zug zu flüchten. Kurz darauf wurde er verhaftet und untersucht. Der Grund für den Ausbruch: eine Psychose in Kombination mit Drogenkonsum.

NOTFALLPSYCHOLOGE

Bürge erinnert sich, wie ihr das Adrenalin durch den Körper schoss: «Erst dachte ich, das bisschen Nasenbluten hält mich nicht davon ab, weiterzuarbeiten. Doch meine Arbeitskollegen schritten ein.» Erst später bemerkte sie die Schmerzen

und Verletzungen: grüne und blaue Blutergüsse am ganzen Körper, das Gesicht stark angeschwollen.

Gleich nach dem Vorfall war ihr Arbeitgeber zur Stelle. «Ich wurde den ganzen Tag begleitet – ob zum Arzt oder zur Polizei. Auch mein Teamleiter brach an seinem freien Tag eine Wanderung ab und stand mir zur Seite. Und mir wurde von meinem Betrieb direkt ein Notfallpsychologe zur Verfügung gestellt.» Dieses Angebot nahm die Zugbegleiterin sofort an, denn sie wollte den Vorfall verarbeiten und ihr Leben weiterleben. Als engagiertes Mitglied beim SEV war auch ihre Gewerkschaft sofort für sie da: «Gleich am Tag nach dem Vorfall haben sie mich besucht und mir für den gesamten Prozess einen Anwalt gestellt.»

MUT STATT ANGST

Der Überfall vermochte Bürges Engagement nicht zu stoppen. Im Gegenteil. Zurzeit ist sie bei der SEV-Kampagne «Stop Gewalt gegen das Zugpersonal» ganz vorne mit dabei. Sie erzählt ihre Geschichte aber nicht, um Angst zu machen: «Ich will aufzeigen: Egal, was dir im Zug oder generell bei der Arbeit passiert, es sind immer Menschen da,

«Egal, was dir im Zug passiert, es sind immer Menschen da, die dich unterstützen.»

ZUGBEGLEITERIN HELENE BÜRGE

die dich unterstützen, dir helfen und für dich da sind. Arbeitgeber, Gewerkschaft, Familie.»

Die Zugbegleiterin hat ihre Zeit gebraucht, um von diesem Angriff zu genesen – körperlich und psychisch. «Was in mir noch lange nachhallte, war der Gedanke, wie man auf jemanden einschlagen kann, der bereits auf dem Boden liegt und verletzt ist, sogar blutet, und man der Person einfach weitere Schmerzen zufügt. Aus welchem Grund? Damit habe ich schon einen Moment gehadert», sagt sie.

Und ist sie dem Täter wieder begegnet? «Nein», sagt Bürge, «er wollte noch ein Gespräch mit mir führen, das habe ich aber abgelehnt.» Der Grund dafür ist aussergewöhnlich: «Ich hatte gar kein Bild von ihm. Die Tat ging so schnell, und ich war so schnell ausser Gefecht. Ich habe nur eine Postur gesehen, einen jungen Mann, der grösser

Gewerkschafterin: Von Anfang an dabei

Helene Bürges gewerkschaftliches Engagement kommt nicht von ungefähr. Als sie vor 15 Jahren die Stelle bei der Bahn antrat, legte ihr ihr Vater eine Mitgliedschaft im SEV ans Herz. Als Rangierlokfürer war er selbst jahrelang im Verband. (dak)

und stärker war als ich. Ich hatte kein Gesicht vor mir – und das wollte ich auch nicht.» Seither geht Bürge bei der Arbeit wachsamer durch den Zug. Es gibt immer wieder Passagiere, die laut oder sogar aggressiv werden. Sie sagt: «Ich glaube, jede Person, die in der ersten Reihe arbeitet – sei das ein Zugbegleiter, eine Verkäuferin, ein Réceptionist –, muss sich damit auseinandersetzen, dass Menschen sehr unterschiedlich sind und unterschiedlich reagieren.» Besonders seit Corona hätten die Leute Geduld und Respekt verloren. Bürges Rezept: «Ich versuche, meinen Gästen immer auf Augenhöhe zu begegnen und die Situation mit Gelassenheit und Humor zu entschärfen.»

«MEIN ZUG, MEINE GÄSTE»

Wenn Bürge im Briger Teestübli über ihren Zugbegleiterinnen-Alltag spricht, merkt der ganze Raum: Diese Frau brennt für ihren Job! Selbst der brutale Angriff hält sie nicht davon ab, weiterzumachen. Im Gegenteil: «Ich spüre, wie die Stimmung im Zugabteil ist. Und ich weiss: Das ist mein Zug, das sind meine Gäste und das ist mein Lokführer, der an der Zugspitze sitzt.»

Als Teenager absolvierte Bürge eine kaufmännische Ausbildung bei einer Bank. Später arbeitete sie bei der Bergbahngesellschaft der Belalp am Billettschalter. Erst mit 46 Jahren wagte sie einen neuen Schritt und wurde Zugbegleiterin. Heute lebt Helene Bürge in Naters bei Brig, zusätzlich hat die Familie ihres Mannes eine Wohnung auf der Belalp, wo sie die Ruhe nach langen Zugfahrten geniesst. Die erwachsenen Kinder sind ausgezogen, heute sorgt sie sich liebevoll um ihre Büsi. In ihrer Freizeit jodelt sie gerne oder geniesst einen feinen Walliser Wein in guter Gesellschaft. Sie freut sich auf die Pensionierung in vier Jahren, spielt aber jetzt schon mit dem Gedanken, auch danach ab und zu als Zugbegleiterin einzuspringen.

SEV fordert: Stop Gewalt gegen das Zugpersonal

Beschimpfungen und Gewalt: Seit der Coronapandemie haben Übergriffe auf das Verkehrspersonal drastisch zugenommen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV organisierte Anfang September bereits zum zweiten Mal in Folge einen Aktionstag, um über das Thema Gewalt im öffentlichen Verkehr aufmerksam zu machen. Barbara Keller, Vizepräsidentin des SEV, sagt zu work: «Egal ob Schiff, Zug, Tram, Bus, Reisebüro, Bahnschalter – von unseren Mitgliedern, die in irgendeiner Form in Kundenkontakt stehen, kriegen wir mit, wie sie Beschimpfungen, Beleidigungen oder sogar Handgreiflichkeiten erleben.» Ein Zustand, der so nicht haltbar ist. Besonders seit der Co-



HÖCHSTE EISENBAHN: Das Zugpersonal hält den ÖV am Laufen und hat mehr Respekt verdient.

ronapandemie haben die Übergriffe zugenommen.

Das bestätigt auch die Matterhorn-Gotthard-Bahn: «Seit der Covidpandemie stellen wir fest, dass Fahrgäste teilweise ungeduldiger reagieren und Konflikte häufiger verbal ausgetragen werden. Eine mögliche Ursache sehen wir in der gestiegenen Nachfrage, insbesondere im Freizeitverkehr, die teilweise zu stärker ausgelasteten Zügen führt.» Für die Bahn hat die Sicherheit der Mitarbeitenden hohe Priorität.

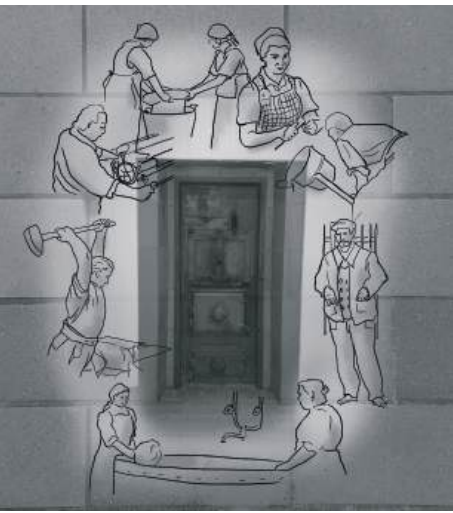
Schwere Vorfälle seien bei der Matterhorn-Gotthard-Bahn selten. Passierten aber Übergriffe wie bei Mitarbeiterin Helene Bürge, reagiere die Bahn konsequent: Betroffene werden durch ihre Vorgesetzten betreut, und je nach Situation stellt die Bahn psy-

Das Personal braucht Schulungen für aggressive Situationen, und Gewaltbetroffene benötigen verbindliche Nachbetreuung.

chologische Unterstützung. Falls erforderlich, werden die Mitarbeitenden vom Dienst freigestellt.

RESPEKT – JETZT!

Für die Gewerkschaft SEV sind die Forderungen an die Verkehrsbetriebe klar: Gewaltvorfälle müssen protokolliert und der Polizei gemeldet werden, das Personal braucht Schulungen für aggressive Situationen, und Betroffene benötigen verbindliche Nachbetreuung. An Bund, Kantone und Gemeinde geht zudem die klare Forderung, nicht im öffentlichen Verkehr zu sparen. Auch SP-Nationalrat Benoît Gaillard reichte dazu Anfang Oktober die Interpellation «Es braucht eine Statistik zu Übergriffen auf das ÖV-Personal» ein. Barbara Keller vom SEV ergänzt: «Wir appellieren an alle Personen, die den öffentlichen Verkehr nutzen: Zeigt Respekt gegenüber dem Personal, sie leisten täglich zuverlässige Arbeit und halten unseren ÖV am Laufen.»



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und die Arbeiterinnenluft

Im Sommer bin ich in ein anderes Quartier umgezogen. Das ist an sich keine grosse Sache. Aber die Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind enorm spürbar, sichtbar und hörbar. Diese Veränderungen gefallen mir super gut. Es beginnt bereits morgens um 5.20 Uhr. Der Bus ist voll, da zu dieser Zeit viele zur Arbeit fahren. Mehrheitlich



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

sind Frauen dabei, das fällt auf. Im alten Quartier war das nicht der Fall. Zu dieser Zeit war der Bus vielleicht mit drei Nasen besetzt, und ehrlich gesagt fühlte ich mich mit meinem «nichtakademischen und gewöhnlichen» Beruf etwas wie eine Aussen-seiterin. Mein altes Wohnviertel ist deutlich teurer und zu clean für meinen Geschmack. In den letzten zehn Jahren wurde auch dort hemmungslos gebaut – aber keine Wohnungen für das Portemonnaie der Arbeiterinnen.

ARBEITERGHETTO. Hier, in meinem neuen Quartier, stehen viele Stadtwohnungen, Genossenschaften und bunte Siedlungen mit viel Vergangenheit. Geschichte, die noch zu sehen ist. Während der Industrialisierung im späten 19. Jahrhundert entwickelte sich hier ein Arbeiterviertel. Die

Mein altes Wohnviertel war mir zu clean.

Arbeit in den Fabriken zog Tausende Arbeitsmigrantinnen und Schweizer Arbeiterinnen hierhin. Es wurde offenbar sogar das «Arbeiterghetto vor den Toren der Stadt» genannt, weil oft prekäre und erbärmliche Wohnverhältnisse herrschten. Ab 1910 entstanden hier zahlreiche gemeinnützige Baugenossenschaften und städtische Wohnsiedlungen. Diese boten den Fabrikarbeiterinnen mit ihren Familien bezahlbaren Wohnraum.

ZEITZEUGE. Meine Siedlung entstand in den späten 1940er Jahren im Rahmen eines städtischen Programms gegen akute Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg. Im April 1946 drohten 600 Familien obdachlos zu werden, da es während des Krieges einen Baustop gegeben hatte, unter anderem wegen Mangels an Baumaterialien. Und so entstanden hier über 120 Wohnungen. Nebst der Wohnungsnot herrschte eine hohe Arbeitslosigkeit. Bund und Kanton hoben die Kredite für Wohnbauprojekte an, was auch als Massnahme zur Schaffung von Arbeitsplätzen diente. Schrittweise wurde weitergebaut und ein schöner Park angelegt. Ich finde es super cool, dass die Siedlungen noch bestehen, gepflegt und belebt werden. Und dass mein stillgelegter, denkmalgeschützter Heizofen ein Zeitzeuge ist. Es mag hier lauter und nicht so clean sein, aber genau das macht es für mich besonders. Ich hoffe sehr, dass die Geschichte erhalten bleibt und die Gier nach Profit hier keine Chance hat wie an anderen Orten.

Winterthur: Wie kann die Industrie noch gerettet werden?

Im Industriegebiet herrscht Katerstimmung

Beim Implantathersteller Zimmer Biomet droht die Werkschliessung. Und bei Burckhardt Compression werden definitiv 148 Stellen abgebaut. Nur Vantage Data Centers baut noch aus.

IWAN SCHAUWECKER

Wer den Bahnhof Winterthur Grüze in nördlicher Richtung verlässt, steht unvermittelt in einem Industriegebiet. Ein Mann mit blauem Zimmer-Biomet-Shirt raucht im Schatten der Werkhalle an der Sulzerallee. Sein ganzes Berufsleben, inzwischen fünfzehn Jahre, arbeitet er in der Herstellung von Hüft-, Trauma- und Knieimplantaten. Hier hat er auch seine Lehre als Polymechaniker absolviert. Mit Namen möchte er nicht in der Zeitung stehen, aber etwas zu den Konzernplänen könne er trotzdem sagen: «Das ist schade für Winti und auch sehr schade für die Entwicklung dieses Betriebs.»

Bereits bei der Infoveranstaltung Anfang September habe er Böses geahnt: «Sie haben den Betrieb während eines ganzen Tages pausiert und uns alle zusammen von der Früh- und Spätschicht zu diesem «Townhall-Meeting» eingeladen, das gab es zuvor noch nie.» Obwohl derzeit noch die Konsultationsphase läuft, stelle er sich darauf ein, dass er in zwei Jahren seinen Job bei Zimmer Biomet verlieren werde. Diese Frist hat der Konzern bei der Ankündigung des Abbaus von 580 Stellen in Winterthur genannt. Es gebe im Betrieb auch Spekulationen darüber, wohin die Produktion verlagert werden soll, sagt der Polymech: «Die Produktion ist komplex, aber Zimmer hat neue Anlagen in Costa Rica gebaut. Vielleicht wird das in Zukunft aber auch in China gemacht.»

UNIA UND STADTPRÄSIDENT EINIG FDP-Stadtpäsident Stefan Fritschi (53) arbeitete vor seiner Zeit im Winterthurer Stadtrat selber als



WIE WEITER IM INDUSTRIEGEBIET GRÜZE? Der Implantathersteller Zimmer Biomet will in Winterthur 580 Stellen streichen, bei Burckhardt Compression sind es 148. FOTO: ISC

Manager bei Zimmer Biomet. Der US-Konzern hatte die Medizintechniksparte von Sulzer im Jahr 2003 übernommen. An der letzten Parlamentssitzung sagte Fritschi, er sei mit den Gewerkschaften nicht immer einig gewesen. Aber: «Dieses Mal könnte ich sogar unterschreiben, was die Unia geschrieben hat. Diese Deindustrialisierung können wir nicht akzeptieren.» Die Unia kritisierte in ihrer Medienmitteilung die einseitige Ausrichtung des Konzerns auf die Interessen der Aktionäre: Seit 2022 hat Zimmer Biomet fast drei Milliarden US-Dollar für Dividenden und Aktienrückkäufe aufgewendet – mehr als die kumulierten Gewinne im gleichen Zeitraum.

«580 Stellen sind nicht einfach eine Zahl.» UNIA-MANN SERGE GNOS

Serge Gnos, Co-Regioleiter der Unia Zürich-Schaffhausen, sagt: «580 Stellen sind nicht einfach eine Zahl. Hinter jeder einzelnen Zahl steht ein Mensch. Ein Mensch, der vielleicht seit Jahrzehnten bei Zimmer Biomet arbeitet, eine Familie ernährt und zur Entwicklung von Winterthur beiträgt.» Die Unia will im laufenden Konsultationsverfahren dafür sorgen, dass möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bleiben. Der Konzern hat zugesichert,

dass zumindest die etwa 100 Personen in Ausbildung ihre Lehre beenden könnten.

ENTLANG DER SULZERALLEE

Auf der Terrasse der Kantine «Werk 4» sitzt ein Rentner mit Pfeife. Auch er hat in der Industrie gearbeitet. Er sagt: «Es ist eine Schweinerei, was hier abläuft, man müsste einfach mal ganz oben ausmisten.» Am Schluss werde alles im Ausland produziert, nur noch mit einem Swiss-made-Stempel drauf.

Auf der anderen Seite der Sulzerallee, neben einer Werkhalle von Stadler Rail, befindet sich das Firmengelände des Maschinenherstellers Burckhardt Compression. Auch hier stehen Arbeiter in der Rauchpause, aber niemand mag den Abbau von 148 Stellen in ihrem Betrieb kommentieren.

Noch weiter hinten im Industriegebiet an der Fabrikstrasse steht hinter Gitterstäben ein trutziges, fensterloses Gebäude. Es handelt sich um Vantage Data Centers, ebenfalls einen US-Konzern. Zu den Hauptkunden in Grüze gehört der Webdienst von Amazon. Der Strombedarf des ausgebauten Datenzentrums könnte bald denjenigen der ganzen Stadt Winterthur übersteigen, neue Arbeitsplätze wird es neben dem Security-Personal aber kaum geben.

Unia-Sekretär Serge Gnos sagt: «Wir dürfen nicht einfach zuschauen, wie die industrielle Produktion im Kanton Zürich zusammenbricht. Es stellt sich heute und hier die Frage, wie die Industrie noch eine Zukunft haben kann und was die Behörden bereit sind, dafür zu tun.»

ZUKUNFTSSTRATEGIE

Das Rezept der bürgerlichen Parteien: tiefere Unternehmenssteuern und mehr Parkplätze. SP-Co-Fraktionschefin Maria Sorgo betonte, dass der Entscheid von Zimmer Biomet kein Beleg dafür sei, dass der Kanton Zürich oder Winterthur unattraktiv seien. Die Schweiz habe über Jahrzehnte von einem internationalen Standortwettbewerb profitiert, bei dem Arbeitsplätze andernorts verloren gingen.

Im Kantonsrat sagte Sorgo: «Damit haben wir uns von mobilen, renditegetriebenen Grosskonzernen abhängig gemacht, die Standorte gegeneinander ausspielen können.» Das dürfe keine Strategie für die Zukunft mehr sein: «Es braucht eine widerstandsfähige, regional verankerte Wirtschaft mit starken KMU, genossenschaftlichen Strukturen und Kreislaufwirtschaft.» Mit solchen Unternehmen könnte auch das Industriegebiet in Grüze weiterhin eine Zukunft als Produktionsstandort haben.

Initiative für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative) Ständerat verwehrt 2,5 Millionen Menschen das Recht auf Rechte

In der Schweiz hat ein Viertel der Bevölkerung keine politischen Rechte. Die bürgerliche Mehrheit im Ständerat will das nicht ändern. Sie hält an Willkür und Intransparenz bei der Vergabe des Schweizer Bürgerrechts fest.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

2,5 Millionen Menschen in der Schweiz sind von sämtlichen demokratischen Prozessen ausgeschlossen, obwohl sie hier leben, hier arbeiten und hier Steuern bezahlen.

Die rechtsbürgerliche Mehrheit im eidgenössischen

Parlament will, dass diesen Menschen weiterhin ihr Recht auf Rechte verwehrt bleibt. Denn nach dem Nationalrat hat jetzt auch der Ständerat mit 34 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Initiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratieinitiative)» abgelehnt.

TRANSPARENZ. Der Entscheid des Parlaments ist für Unia-Migrationsexperte Hilmi Gashi unverständlich. Er sagt: «Die Einbürgerungskriterien sind in der Schweiz in den letzten Jahren restriktiver und selektiver geworden. Für Hunderttausende Menschen

heisst das: Sie leben und arbeiten in einem Land, das sie dauerhaft als Einwohnende zweiter Klasse behandelt.» Deshalb brauche

«Geld darf nicht entscheidend sein.»

HILMI GASHI, UNIA

es faire und transparente Einbürgerungskriterien für alle. Und: «Das Bürgerrecht darf keine Frage des Portemonnaies sein!»

Die Initiative will, dass künftig der Bund Vorschriften für die Einbürgerung erlässt. Einen Anspruch auf das Bürgerrecht sollen alle haben, die seit fünf



UNFAIR: Der Weg zum Pass ist oft schikanös. FOTO: KEYSTONE

Jahren in der Schweiz wohnen, nicht zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt wurden, die innere und die äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden

und Grundkenntnisse einer Landessprache haben.

Heute können sich Ausländerinnen und Ausländer erst einbürgern lassen, wenn sie mindestens zehn Jahre in der Schweiz leben und eine Niederlassungsbewilligung C haben. Die Kantone fordern zusätzlich einen Mindestaufenthalt zwischen zwei und fünf Jahren in der Gemeinde und im Kanton. Der Einbürgerungsprozess ist zudem mit Kosten bis zu 5000 Franken teuer und oft schikanös. (work berichtete: rebrand.ly/einbuergierung).

Voraussichtlich 2027 kommt die Initiative vors Volk.



GROSSAUFGEBOT DES BUNDESRAATES BEI DER EU-DEBATTE: (v.l.) Guy Parmelin (SVP), Ignazio Cassis (FDP) und Beat Jans (SP) in der kleinen Kammer. FOTO: KEYSTONE

Lange Debatte im Ständerat zu den Bilateralen III Beim Lohnschutz die Kurve erwischt

Der Ständerat hat das Lohnschutzpaket integral übernommen. Das ist ein wichtiger Schritt. Doch anderswo war die Ratsmehrheit weniger vernünftig. Jetzt ist der Nationalrat am Zug.

CLEMENS STUDER

Vier Tage, 23 Stunden, drei Bundesräte im Saal: So viel Aufwand treibt der Ständerat selten. Am 1. Oktober war die erste Runde der Bilateralen III durch. Für die Lohnabhängigen das Wichtigste vor-

Die neue «Zuwanderungsabgabe» ist ein Saisonierstatut druch die Hintertür.

weg: Das Lohnschutzpaket hat die rechten Angriffe unbeschadet überlebt. Das war nicht selbstverständlich. Noch im August hatte die bürgerliche Mehrheit der Wirtschaftskommission (WAK-S) gewütet. Sie wollte die alte Kaution behalten, die neue Haftung der Erstunternehmen für ihre Subunternehmen streichen und den Kündigungsschutz für Personalvertreterinnen und -vertreter kippen. Im Plenum fand sie dafür keine Mehrheiten. Damit hält sich der Ständerat an das, was Gewerkschaften, Arbeitgeber und Bundesrat in jahrelanger Arbeit ausgehandelt haben (siehe Spalte rechts).

NEUE ABGABE, ALTE FEHLER

Weniger vernünftig hat der Ständerat bei der Zuwanderung entschieden. Mit 26 zu 14 Stimmen hat er eine «Zuwanderungsabgabe» ins Paket geschrieben. Ruft der Bundesrat die Schutzklausel an, sollen Firmen pro im Ausland rekrutierte Arbeitskraft mindestens 4000 Franken im Jahr bezahlen, für nachziehende Familienangehörige 2000 Franken. Was nach «Steuerung» tönt, wäre ein Bumerang. Länder, die

solche Abgaben kennen, haben schlechte Erfahrungen gemacht: mehr Schwarzarbeit, mehr prekäre Jobs, mehr Lohndruck. Das ist alles längst bekannt und erforscht (work hat berichtet: rebrand.ly/migration-steuern).

Besonders fies und wohl das wahre Ziel der Übung: Weil Kurzaufenthalte von der Abgabe ausgenommen sind, würde eine neue Kategorie überausbeutbarer Lohnabhängiger geschaffen. Beziehungsweise eine alte: Die neue «Zuwanderungsabgabe» ist ein Saisonierstatut durch die Hintertür. Es geht den rechten Parteien nicht um weniger Lohnabhängige in der Schweiz, sondern um mehr Lohnabhängige mit weniger Rechten. Das erhöht den Druck auf die Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen im Land, unabhängig von ihrem Pass.

UNSINNIGE NADELSTICHE

Dazu kommen Nadelstiche, die mit dem Freizügigkeitsabkommen kaum vereinbar sind. EU-Bürgerinnen und -Bürger sollen zwingend einen Strafregistrauszug vorlegen, beschlossen mit 23 zu 22 Stimmen per Stichentscheid des Ratspräsidenten. Der Bündler Mitte-Mann Stefan Engler stellte sich wieselflink an die Seite jener, die in jedem Nichteidgenossen einen potentiellen Kriminellen sehen.

Und wer Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld bezieht, soll in dieser Zeit kein Gesuch um Daueraufenthalt stellen dürfen. Schlimmer noch: Die Fünfjahresfrist beginnt danach wieder von vorne (22 zu 19). Der Ständerat stellt damit die Arbeitslosenversicherung der Sozialhilfe gleich, obwohl die Betroffenen mit ihren Lohnprozenten genau für diesen Fall eingezahlt haben. Der Bundesrat hatte gewarnt: Solche Sonderwünsche sind mit der Personenfreizügigkeit kaum vereinbar und können die EU dazu bringen, die Balance des ganzen Pakets in Frage zu stellen. Genau das dürfte einigen im Saal ganz recht sein.

STÄNDEMIEHR ERTRÖTZELT

Am schwersten wiegt der Entscheid zum Ständemehr. Mit 23 zu 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen will der Ständerat für die Bilateralen III ein doppeltes Ja. Und weil die Verfassung das für ei-

nen solchen Vertrag nicht vorsieht, bastelt die Mehrheit sich den Weg selbst: zuerst über eine neue Übergangsbestimmung in der Bundesverfassung, ersatzweise über ein Referendum «sui generis», also eine Abstimmung eigener Art, extra für diese eine Vorlage beschlossen.

Das ist ein Bruch mit der Praxis. Die Bilateralen I und II kamen ohne Ständemehr vors Volk. Bundesrat, Bundesamt für Justiz und die grosse Mehrheit der Rechtswissenschaft halten das obligatorische Referendum hier für falsch. In der Vernehmlassung sprachen sich 15 Kantone gegen das Ständemehr aus.

Das Ständemehr gehört zum föderalistischen Kompromiss von 1848. Es sollte die Kantone insbesondere bei Verfassungsänderungen vor einer weitergehenden Zentralisierung schützen. Bei den Bilateralen III geht es nach Auffassung des Bundesrates und der Mehrheit der Kantonsregierungen nicht um einen solchen Fall: Die Schweiz tritt keiner supranationalen Gemeinschaft bei, sondern führt den bilateralen Weg weiter. Gerne wird behauptet, das Ständemehr verleihe einem Entscheid eine besondere demokratische Legitimation. Das Gegenteil ist richtig: Beim Ständemehr zählt eine Stimme in Glarus oder Uri rund 36 Mal mehr als eine Stimme in Zürich. Für einen Glarner Neinsager müssten also 36 Zürcherinnen ein Ja einlegen. Das Paket könnte so trotz einer deutlichen Mehrheit der Stimmenden scheitern.

JETZT IST DER NATIONALRAT DRAN

Im Dezember berät wohl der Nationalrat. Danach müssen sich die Räte einigen. Eine Volksabstimmung ist frühestens im Juni 2027 möglich, und auch das nur, wenn vieles zusammenpasst. Für die Gewerkschaften gilt weiterhin: Sie stehen zum bilateralen Weg, weil die Schweiz auf geregelte Beziehungen mit der EU angewiesen ist. Aber ein Ja zu den Bilateralen III kann es nur geben, wenn neue Verträge im Interesse der Lohnabhängigen sind. Der Ständerat hat das verstanden. Jetzt muss es auch der Nationalrat verstehen. Und er muss korrigieren, was die kleine Kammer bei Zuwanderung und Ständemehr verbockt hat.

Lohnschutz Notbremse & zähes Ringen

Der Lohnschutz im Bilateralen-Paket ist nicht vom Himmel gefallen. Die Gewerkschaften haben ihn sich erkämpft. Kurze Chronik eines langen Kampfes:

CLEMENS STUDER

2018: Die Lohnschutz-Attacke

Marktradikale in der Schweiz und in der EU versuchen, via ein institutionelles Rahmenabkommen den Schweizer Lohnschutz zu opfern und die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU gleich mit. Das ist ein alter Traum der Rechtsparteien und der Wirtschaftsverbände. Bundesrat Ignazio Cassis ist ihr williges Werkzeug und überschreitet dafür die roten Linien des Gesamtbundesrates. Doch Cassis hatte nicht mit dem damaligen SGB-Präsidenten und SP-



ZOG DIE NOTBREMSE: Der frühere Ständerat Paul Rechsteiner. FOTO: KEYSTONE

Ständerat Paul Rechsteiner gerechnet. Der durchschaute das Spiel. Die Gewerkschaften zogen die Notbremse und brachen die Gespräche mit dem Bundesrat über die flankierenden Massnahmen und den Lohnschutz ab.

Mai 2021: Das Ende

Nach sieben Jahren bricht der Bundesrat die Verhandlungen über das Rahmenabkommen ab. Es scheitert nicht zuletzt am Lohnschutz. Die Lehre daraus: Ohne Gewerkschaften gibt es keine Mehrheit für neue Abkommen mit der EU.

Dezember 2022: An den Tisch

Wirtschaftsminister Guy Parmelin holt Gewerkschaften, Arbeitgeber und Kantone an einen Tisch. Der Auftrag: innenpolitische Massnahmen finden, die ausgleichen, was ein neues Abkommen beim Lohnschutz schwächt.

November 2023: Altes Muster

Die Verwaltung macht der EU auf technischer Ebene Zugeständnisse bei Spesen und Kaution. Die Gewerkschaften wehren sich. Die damalige FDP-Nationalrätin Doris Fiala tut über 1000 Franken weniger Spesen im Monat als «Lunchbox» ab, also als besseres Znünisäckli.

Februar 2025: Durchbruch

Nach zähen Verhandlungen einigen sich die Sozialpartner auf eine «gemeinsame Verständigung». Kernpunkte: Schweizer Spesen für Arbeit in der Schweiz, Haftung der Erstunternehmen für ihre Subunternehmen, Verbesserungen bei den Gesamtarbeitsverträgen. Bis alles steht, haben Gewerkschaften und Arbeitgeber über hundertmal verhandelt.

März 2025: Bundesrat verbessert

Der Bundesrat übernimmt die 13 Massnahmen der Sozialpartner. Und er schreibt eine 14. dazu: einen besseren Kündigungsschutz für gewählte Personalvertreterinnen und -vertreter. Die Gewerkschaften hatten ihn verlangt, die Arbeitgeber am Verhandlungstisch verweigert. Die Schweiz steht deswegen seit Jahren auf der schwarzen Liste der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

2025/2026: Verwässert

Nach Vernehmlassung und Kommissionsberatungen bleibt von der Massnahme 14 immer weniger: Sie gilt nur noch in Betrieben ab 50 Beschäftigten und sieht vor allem eine Aussprache vor einer Kündigung vor. Ein bescheidener Schutz, aber ein Anfang.

September 2026: Ständerat stabil

Die bürgerliche Mehrheit der WAK-S will das Paket aufschnüren. Der Ständerat korrigiert sie und übernimmt alle 14 Massnahmen.

Nächste Station

Der Nationalrat behandelt das Geschäft wohl im Dezember.

Freihandelsabkommen Mercosur: Es braucht mehr Schutz gegen Ausbeutung Geld, Gülle und ein Referendum

517 Millionen Franken für die Bauern, 25 Millionen für den Regenwald, kein verbindlicher Schutz gegen Zwangsarbeit: Der Nationalrat hat dem Mercosur-Freihandelsabkommen zugestimmt. Eine Allianz hat nun das Referendum angekündigt.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Es ist ein stattlicher Preis: 517 Millionen Franken zusätzliche Unterstützung für die Schweizer Bauern, dafür ein Ja zum Mercosur-Freihandelsabkommen. Mitte September hat der Nationalrat dem Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) zugestimmt.

Die von Links-Grün geforderte Aufstockung der Mittel zum Schutz des Regenwaldes nannte Roland Rino Büchel (SVP) hingegen in bezeichnender Weise ein «phantasievolles Millionengeschenk» und «eine Verschwendung von Steuergeldern». Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat lehnte es denn auch ab, das Abkommen mit verbindlichen Vorgaben für den Schutz des Regenwaldes und gegen Zwangsarbeit zu ergänzen, genehmigte aber immerhin 25 Millionen zum Schutz des Regenwaldes.

WER PROFITIERT?

Freihandel bedeutet: Zölle abbauen, Grenzen öffnen, Handel erleichtern. Doch dieser freie Handel muss offensichtlich flankiert werden, etwa mit der Unterstützung von ausgewählten Interessensgruppen im eigenen Land, im konkreten Fall der Bauern. Arbeitsrechte oder Umweltschutz in den Partnerländern, zum Beispiel im von Gewerkschaftshasser Milei regierten Argentinien, haben indes einen schweren Stand. Und so ist denn auch die zentrale Frage beim Freihandel: Wer profitiert? Die klassische ökonomische Antwort lautet: alle. Wenn jedes Land das produziere, was es besonders effizient herstellen könne, und anschliessend mit anderen Ländern handle, steige der gesamte Wohlstand. Dies sagt aber noch nichts darüber aus, wie der Wohlstand verteilt ist.

Ein Schweizer Pharmakonzern kann von einem Freihandelsabkommen profitieren. Ein Kleinbauer dagegen leidet unter dem Preisdruck internationaler Agrarkonzerne. Ein Schweizer Exportbetrieb kann zusätzliche Aufträge erhalten. Gleichzeitig kann ein Zulieferer unter Rationalisierungsdruck gera-



SOYA STATT REGENWALD: Erntemaschinen auf einer riesigen Agrarfläche in Brasilien. FOTO: KEYSTONE

ten. Freihandel kann insgesamt wirtschaftlichen Nutzen schaffen und ihn trotzdem höchst ungleich verteilen.

Historisch ist Freihandel zudem nicht von den Machtverhältnissen zu trennen, in denen er entstand. Der Aufstieg des europäischen Welthandels war eng mit Kolonialismus, Rohstoffausbeutung und Sklaverei verbunden. Die Vorstellung, Handel finde zwischen gleichberechtigten Partnern statt, war und ist deshalb eine Illusion. Freihandel führt grundsätzlich zur Bereicherung der Monopole und der Industriestaaten. Aus dem Bericht des Seco über das Efta-Mercosur-Abkommen geht denn auch klar hervor: Auch wenn die Auswirkungen insgesamt eher gering sind, so ist die Schweiz doch bei den Löhnen wie auch bei den Arbeitsplätzen im Vorteil.

HANDELSABHÄNGIGKEIT

Die Schweiz als kleines Land mit wenig Rohstoffen lebt vom Zugang zu internationalen Märkten. Maschinen, Pharmazeutika, Präzisionsinstrumente oder Dienstleistungen werden auf der ganzen Welt verkauft. Der internationale Handel schafft damit Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz. 2025 exportierte die Schweiz Güter und Dienstleistungen im Wert von rund 620 Milliarden Franken – fast 80 Prozent der

Wirtschaftsleistung. In der EU beträgt der Anteil der Exporte rund die Hälfte, in den USA 11 Prozent. Das dürfte auch erklären, wieso der Export dem US-Präsidenten Donald Trump nicht wichtig ist.

Die Schweiz braucht stabile Handelsbeziehungen, wie sie auch mit den Bilateralen III mit der EU geregelt werden sollen.

Handelsgewinne müssen bei den Arbeitenden ankommen.

Entscheidend ist aber, dass die Handelsgewinne auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen, so der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) in seiner Stellungnahme zum Mercosur-Abkommen. Dafür brauche es starke Gewerkschaften und ausgebaute Arbeitnehmerrechte. Für den SGB ist es entscheidend, dass das Abkommen für die Arbeitnehmenden sowohl in der Schweiz als auch in den Mercosur-Staaten eine positive Wirkung hat.

TRUMP UND SEINE HANDELSKRIEGE

Das aktuelle Mercosur-Abkommen bekennt sich zu zentralen ILO-Richtlinien und zum Schutz der Arbeitnehmerin-

nenrechte in den beteiligten Staaten. Doch genau das sehen Gegnerinnen und Gegner des Efta-Mercosur-Abkommens kritisch. Das Abkommen enthalte keine ausreichend griffigen Instrumente gegen Regenwaldabholzung und gegen Zwangsarbeit. Deshalb hat eine Allianz aus Umwelt-, kleinbäuerlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ein Referendum angekündigt. Mittlerweile haben sich auch die Grünen und die SP Schweiz angeschlossen. Der SGB will seine Parole zum Mercosur-Referendum erst im nächsten Frühjahr fassen.

Auch der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC kritisierte jahrelang, dass beim Mercosur-Abkommen die Arbeitsrechte nicht ausreichend geschützt seien. Jetzt hat sich allerdings seine Tonlage geändert. Der Grund: Trump und seine Handelskriege. Im aktuellen geopolitischen Umfeld müsse die EU die Beziehungen zu demokratischen Partnern stärken und die Stabilität festigen. Der ETUC sieht die Intensivierung des Handels mit Mercosur-Staaten als Chance für die europäische Industrie. Die Gewerkschaften beider Seiten müssten aber als zentrale demokratische Akteure umfassend in die Gestaltung und Begleitung dieses Prozesses einbezogen werden.

KRITISCH

DAS SAGT DER GEWERKSCHAFTSBUND DER MERCOSUR-STAATEN

Die Coordinadora de Centrales Sindicales del Cono Sur (CCSCS) befürchtet, dass die Zollliberalisierung in den Mercosur-Staaten zu Deindustrialisierung und dem Verlust hochwertiger Arbeitsplätze der Maschinenindustrie, der Milchverarbeitung und der Pharmaindustrie führen könnte. Das ausgehandelte Abkommen stärke vor allem die Produktion der Agrarindustrie, wo häufig Verstösse gegen Menschen- und Arbeitsrechte gemeldet werden, darunter Zwangsarbeit, Kinderarbeit und auch Gewalt gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

WAS FEHLT. Zum Verhandlungsprozess schreibt die CCSCS: «Es fehlen weiterhin Mechanismen zur sozialen und gewerkschaftlichen Beteiligung. Ohne Zugang zu Informationen und ohne echte Möglichkeiten der Einflussnahme lässt sich unmöglich behaupten, dass diese Art von Abkommen demokratisch gewachsenen Interessen entspricht.» Das Kapitel «Handel und nachhaltige Entwicklung» erachtet die CCSCS als unzureichend, weil es keine verbindlichen Mechanismen und keine Sanktionen bei Verstössen gegen die Kernarbeitsnormen der ILO enthält. (isc)

Volksabstimmung vom 29. November: Erhöhung der Mehrwertsteuer für die 13. AHV-Rente

VPOD überrascht mit deutlicher Nein-Parole

Die VPOD-Basis stellt sich gegen die eigene Führung und bekämpft die Mehrwertsteuererhöhung für die 13. AHV.

JONAS KOMPOSCH

Im Dezember ist Zahltag! Erstmals gibt's eine 13. AHV-Rente. Doch wie diese finanziert wird, ist noch immer offen. Den bisher sozialsten Vorschlag – über Lohnprozente durch Firmen und Arbeitnehmende – hat die rechte Parlamentsmehrheit abgelehnt. Auch eine Mischfinanzierung durch Lohnprozente und höhere Mehrwertsteuer fiel durch. Stattdessen soll nun bloss der Mehrwertsteuersatz steigen, von 8,1 auf 8,4 Pro-

zent. Der tiefe Mehrwertsteuersatz für lebensnotwendige Güter von 2,6 Prozent bleibt gleich. Am 29. November kommt's zum Volksentscheid. Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds haben mit 80 Prozent Stimmenanteil die Ja-Parole gefasst. Auch der Unia-Zentral-

Dank der AHV bleibt es eine Umverteilung von oben nach unten.

vorstand stützt das ohne Gegenstimme. Denn selbst eine Finanzierung durch die unsoziale Mehrwertsteuer ergebe dank dem solidarischen Sozialwerk AHV immer

noch eine Umverteilung von oben nach unten.

KONTRA. Anders sehen das die Delegierten der Service-public-Gewerkschaft VPOD. Am 26. September haben sie mit 22 Stimmen gegen 6 die Nein-Parole gefasst. Damit wenden sie sich gegen die eigene Leitung, die im SGB-Vorstand für ein Ja plädierte. Jetzt aber gesellt sich der VPOD zum Kontralager um FDP und SVP, freilich mit anderer Begründung: «Wir haben die Kampagne für die 13. AHV-Rente mit der Aussage geführt, dass die Einführung keine zusätzliche Finanzierung erfordern würde. Gleichzeitig haben wir für die langfristige Finanzierung



KLARES RESULTAT: Mit 22 zu 6 Stimmen sagen die Delegierten der Gewerkschaft VPOD Nein zur Mehrwertsteuererhöhung. FOTO: ZVG

eine Erhöhung der Lohnbeiträge unterstützt. Und am Ende stehen wir mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer da! Es handelt sich um einen Sieg der Arbeitgeberseite.» Das stimmt. Aber: Laut SGB-

Chefökonom Daniel Lampart stammen nur etwa 60 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen direkt von den Konsumentinnen und Konsumenten. Den Rest bezahlen etwa Banken, Versicherun-

gen, Vermieter oder ausländische Touristinnen. Und: Die geplante Erhöhung werde eine Person mit unterem oder mittlerem Einkommen bloss rund 5 bis 10 Franken im Monat kosten. Dafür bekomme sie eine 13. AHV-Rente von rund 2000 Franken. Definitiv ein Sieg, und zwar einer der Arbeitnehmerseite, war dagegen das deutliche Volks-Ja zur 13. AHV. Die Rechten rächen sich jetzt, indem sie jeden Finanzierungsvorschlag sabotieren. Das passt zu ihrem Vorhaben, die AHV möglichst auszutrocknen. Um dann das Rentenalter zu erhöhen. Davon ist beim VPOD allerdings nichts zu lesen.

Verkäuferin Doris Schneeberger ist enttäuscht vom Entscheid des Nationalrats:

«Die wollen auch nicht am Sonntag arbeiten!»

Eine knappe Mehrheit im Nationalrat will die Sonntagsverkäufe verdreifachen. Jetzt droht das Referendum.

DARIJA KNEŽEVIĆ

In der aufgehenden Sonne leuchteten die roten Unia-Jacken der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf dem Bundesplatz. Kurz nach 7 Uhr ging es los. Das Ziel: allen Nationalrätinnen und Nationalräten, die für den letzten Sessionstag das Bundeshaus betraten, einen Flyer zum Thema Sonntagsarbeit in die Hand drücken. Für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier unter der Bundeskuppel ist es nur ein Entscheid von vielen und bedeutet lediglich, den roten oder den grünen Knopf zu drücken. Doch für Verkäuferinnen und Verkäufer in der Schweiz droht mit dieser Entscheidung eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen.

Konkret geht es um die Standesinitiative aus dem Kanton Zürich «Zeitlich befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten». Diese möchte die Sonntagsverkäufe weiter normalisieren. Neu sollen Detailhändler pro Jahr an 12 Sonntagen die Tore öffnen dürfen – bislang waren 4 verkaufsoffene Sonntage im Jahr erlaubt. Die Gewerkschaft Unia stellt sich klar gegen diese Deregulierung. Vor genau einem Jahr hatte die Unia die Petition «Nein zu

Bürgerliche Turbo-Lädeler wollen immer wieder längere Öffnungszeiten durchboxen.

mehr Sonntagsarbeit» eingereicht. Über 9000 Menschen hatten unterschrieben. Doch das liess die Räte im Bundeshaus kalt.

Am letzten Tag der Herbstsession steht jetzt auch Verkäuferin Doris Schneeberger (54) auf dem Bundesplatz. Sie ist extra aus Zürich angereist, das Anliegen ist ihr wichtig. Den Parlamentarierinnen und Parlamentariern drückt sie höchstpersönlich einen Flyer in die Hand, darunter SVP-Nationalrat Mauro Tuena. Schneeberger macht ihm klar: Diese Abstimmung ist für alle Verkäuferinnen und Verkäufer von grosser Bedeutung. Wenige Minuten später sagt er trotzdem Ja zur Vorlage.

ENTTÄUSCHUNG FÜR VERKÄUFERIN

Grosse Enttäuschung, als die Nachricht aus dem Bundeshaus kommt: Obwohl der Ständerat die Ausweitung der Sonntagsarbeit ablehnte, stimmt der Nationalrat dem Anliegen zu. Die Entscheidung war knapp, die Abstimmung entschied sich mit

KEIN GEHÖR:
SVP-Nationalrat
Mauro Tuena und
Verkäuferin Doris
Schneeberger.

FOTO: MANU FRIEDERICH

I LOVE SUNDAYS: Die Aktion der Gewerkschaften am Abstimmungstag vor dem Bundeshaus. FOTO: MANU FRIEDERICH

zwei Stimmen. Für Verkäuferin Schneeberger eine bittere Enttäuschung: «Ich habe mir aus den Gesprächen auf dem Bundesplatz mehr erhofft. Die Politiker hier drinnen würden doch auch nicht am Sonntag arbeiten wollen – warum sollen wir Verkäuferinnen das machen? Kaum vorstellbar, dass an einem Sonntag im Bundeshaus reger Betrieb herrscht.

UMKÄMPFTE LADENÖFFNUNGSZEITEN

Wie geht's weiter? Das Geschäft wird in der Winter-session weiterbehandelt. Das Parlament hat die Chance, den Fehlentscheid des Nationalrats zu korrigieren. Bleibt es bei der Ausweitung der Sonntags-

verkäufe, ergreifen die Gewerkschaften und Verbündete das Referendum.

In den letzten zwanzig Jahren wurden zwei Drittel aller Abstimmung zu erweiterten Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Die Ladenöffnungszeiten sind seit Jahren ein schwer umkämpftes Thema. Bürgerliche Turbo-Lädeler greifen nicht nur Sonntage an, sondern wollen auch längere Ladenöffnungszeiten durchboxen. Erst kürzlich scheiterte in Bern ein Pilotversuch, der die Läden an Samstagen länger offen liess. Die Tendenz zeichnet sich klar ab: Nur weil Läden länger offen sind, haben die Menschen nicht mehr Geld, um es auszugeben. Der Profit steigt nicht, sondern verteilt sich einfach auf mehr Tage.

Sonntag, Ruhetag: Dreissigjähriger Dauerbrenner

Die Liberalisierung der Sonntagsarbeit in Geschäften wird in der Schweiz seit dreissig Jahren diskutiert (siehe Chronologie rechts). Es geht dabei immer um Ausnahmen, um den Einsatz von Personal am Sonntag ohne speziel-

Die neue Strategie setzt auf Ausnahmen.

vor geltenden Verbot im Arbeitsgesetz (zwischen 23.00 Uhr am Samstag und 23.00 Uhr am Sonntag). Nicht zu verwechseln mit den Ladenöffnungszeiten, die durch kantonale Polizeigesetze geregelt werden.

des Arbeitsgesetzes mit 67 Prozent Nein-Stimmen unerwartet klar ablehnten. Die Revision sah unter anderem vor, dass Läden an sechs Sonntagen im Jahr ohne Bewilligung geöffnet sein durften. Ein nicht unerhebliches Detail, das im Mittelpunkt der von den Gewerkschaften und der Linken initiierten Referendumskampagne stand und das – wie die Auswertung der Abstimmungsergebnisse bestätigte – ausschlaggebend für den Ausgang der Abstimmung war. Es ist kein Zufall, dass das Parlament bei der Neufassung des Gesetzes, das 1998 vom Volk klar angenommen wurde, darauf verzichtete, diese Art der Liberalisierung erneut vorzuschlagen.

STRATEGIEWECHSEL. Doch das Referendum von 1996 veranlasste auch die Befürworter zu einem Strategie-

wechsel: Anstatt zu versuchen, den Personaleinsatz am Sonntag für alle Geschäfte zu liberalisieren, beschlossen sie, bei bestimmten Kategorien anzuset-

deutende Durchbruch gelang bei den grossen Bahnhöfen (anfangs waren es 25, ihre Zahl hat sich im Laufe der Zeit jedoch deutlich erhöht) und den Flughäfen. Die Strategie der schrittweisen Liberalisierung erzielte damit ihren ersten Erfolg: Die entsprechende Änderung des Arbeitsgesetzes haben die Stimmberechtigten 2005 angenommen, wenn auch mit einer sehr knappen Mehrheit.

TANKSTELLEN. Dann, im Jahr 2013, erhielt eine weitere Liberalisierung (diesmal zugunsten der Läden an Tankstellen entlang von Autobahnen und stark befahrenen Hauptverkehrsstrassen) 55,8 Prozent der Stimmen und bestätigte damit die Wirksamkeit der neuen Strategie.

CLAUDIO CARRER, «AREA»

sen sie, bei bestimmten Kategorien anzuset-



I  **LOVE**
SUNDAYS
Hände weg vom SONNTAG!

I LOVE
SUNDAYS:
Der Button
kann über
unia.ch gratis bestellt werden. FOTO: UNIA

Chronologie: Die vielen Attacken auf den freien Sonntag

1996: 67 Prozent der Bevölkerung lehnen die Revision des Arbeitsgesetzes ab, die eine starke Liberalisierung der Nacht- und Sonntagsarbeit vorsieht, darunter die Möglichkeit für Geschäfte, an sechs Sonntagen im Jahr Personal ohne Bewilligung einzusetzen.

1998: Das Volk stimmt mit 63,4 Prozent Ja-Stimmen der neuen Revision des Arbeitsgesetzes zu, die im Jahr 2000 in Kraft tritt: Die Liberalisierung der Arbeitszeiten in Geschäften wird aufgegeben, es werden jedoch Ausnahmen für touristische Betriebe, Kioske, Bäckereien und andere eingeführt. Ausserdem wird das Verbot der Nachtarbeit für Frauen aufgehoben.

2005: Das Volk stimmt mit knapper Mehrheit (50,6 Prozent Ja-Stimmen) der Ausweitung des sonntäglichen Verkaufs ohne Bewilligung für Läden an grossen Bahnhöfen und Flughäfen zu, die am 1. April 2006 in Kraft tritt.

2005–2010: Sonntagsarbeit wird immer «unverzichtbarer»: Per Verordnung werden die Kategorien erweitert, für die Sonntagsarbeit als unverzichtbar gilt oder ohne Bewilligung zulässig ist.

2006–2019: Die Zahl der «grossen Bahnhöfe» (das heisst jener, die einen Jahresumsatz aus dem Passagierverkehr von mindestens 20 Millionen Franken verzeichnen) vergrössert sich im Laufe der Jahre durch Änderungen der entsprechenden Verordnung.

2007–2008: Die Kantone können bis zu vier Sonntage pro Jahr festlegen, an denen Geschäfte Personal ohne Bewilligung beschäftigen dürfen. Dies beschliesst das Parlament 2007.

2012–2013: Das Parlament verabschiedet eine neue Ausnahmeregelung: diesmal für Tankstellenshops an Autobahnraststätten und entlang von Hauptstrassen mit hohem Verkehrsaufkommen. Diese dürfen rund um die Uhr geöffnet sein, auch an Sonntagen, sofern das Sortiment hauptsächlich auf



AUSNAHME: Neue Regeln für Tankstellen-shops. FOTO: CANVA

die Bedürfnisse der Reisenden ausgerichtet ist. Am 22. September 2013 stimmen 55,8 Prozent der Bevölkerung der Gesetzesänderung zu.

2015: Nun sind die «touristischen» Einkaufszentren an der Reihe. Der Bundesrat führt infolge eines Urteils des Bundesgerichts per Verordnung eine neue Ausnahmeregelung für Einkaufszentren ein, die den Bedürfnissen des internationalen Tourismus entsprechen: Auch diese dürfen sonntags ohne Bewilligung Personal beschäftigen. Als Erster profitiert von der neuen Regelung der Fox-town Factory Store in Mendrisio TI.

2016: Für bestimmte Verarbeitungsbetriebe landwirtschaftlicher Erzeugnisse können die jährlichen freien Sonntage von 26 auf 12 sinken.

2016: Per Verordnung beschliesst der Bundesrat Ausnahmen für Sonntags- und Nachtarbeit, insbesondere für die Gastronomie und das IT-Personal.

Seit 2020: Das Parlament berät über eine Initiative des Kantons Zürich, wonach die Zahl der Sonntage pro Jahr, an denen die Kantone den Geschäften erlauben können, Personal ohne Bewilligung einzusetzen, von 4 auf 12 erhöht werden soll. (cc)

Bevor Arbeitsunfälle die Freizeit vermiesen: Sprich Risiken an.

**Sprich über
Gefahren.**

[suva.ch/
kommunikation](https://suva.ch/kommunikation)

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.admin.ch

suva

360 000 Menschen in der Schweiz können von ihrem Lohn nicht leben

Arm trotz Arbeit

Fixkosten wie Miete, Krankenkassenprämie oder Mobilität steigen immer weiter. Über 8 Prozent der Erwerbstätigen sind trotz Arbeit von Armut gefährdet, Tendenz steigend. Jetzt schlägt Caritas Alarm.

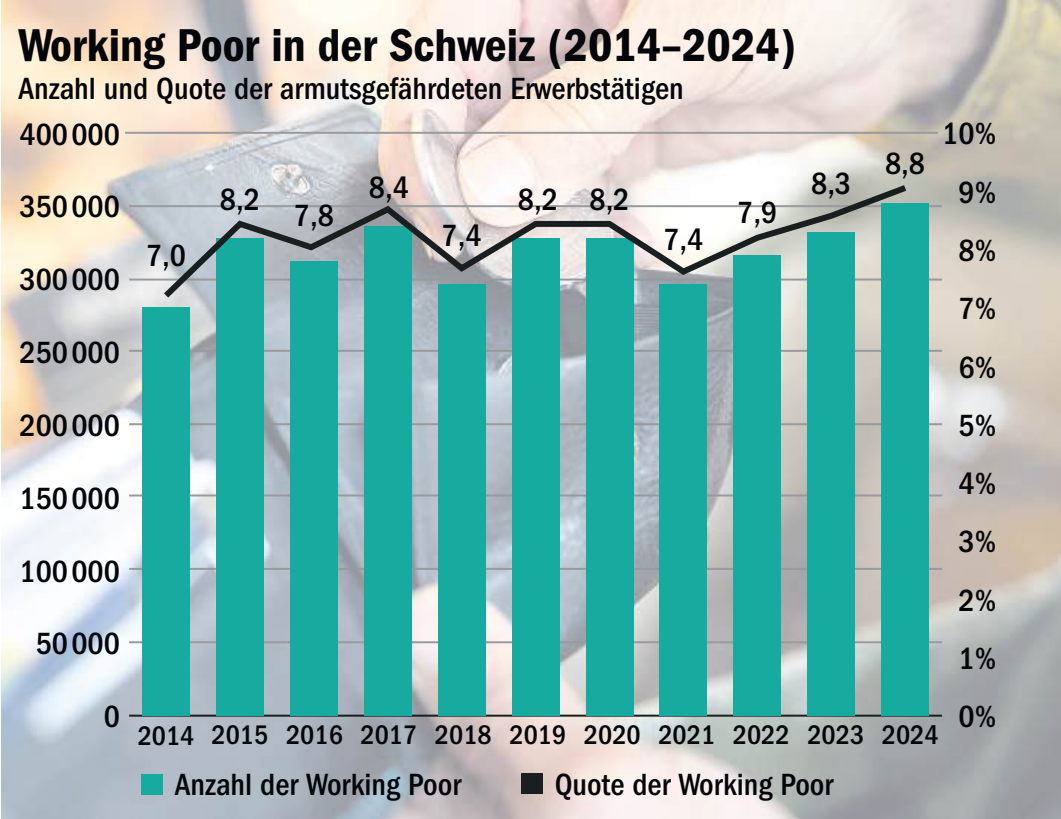
DARIJA KNEŽEVIĆ
Der Prämienhammer sitzt vielen Menschen in der Schweiz noch tief in den Knochen. Die Prognosen: Durchschnittlich steigt die Prämie für das kommende Jahr um 5 Prozent. Dass Löhne jährlich um so hohe Prozentzahlen steigen, ist kaum vorstellbar. Hinzu kommen Teuerung, Mietkosten usw. Real bleibt den Arbeiterinnen und Arbeitern so Jahr für Jahr weniger im Portemonnaie. Die Fixkosten fressen die Löhne weg, zum Leben – geschweige denn zum Sparen – bleibt in vielen Haushalten nicht viel übrig. Wer trotz Arbeit von Armut betroffen oder gefährdet ist, gehört zu den «Working Poor».

«Ärmere Haushalte haben keine Reserven.»

ALINE MASÉ, CARITAS SCHWEIZ

Und genau davor warnt Caritas: Die Schweiz tut zu wenig für Working Poor! Die Auswertung von Caritas zur Erwerbsarmut in der Schweiz zeigt, wie alarmierend die Situation ist. In der Schweiz leben fast 360 000 Menschen, die nicht genügend Geld zum Leben haben, obwohl sie arbeiten. Das sind 8,8 Prozent aller Erwerbstätigen. Dazu sagt Aline Masé, Leiterin Grundlagen und Politik bei Caritas Schweiz: «Ärmere Haushalte geben praktisch ihr ganzes Bruttoeinkommen für Fixkosten und Grundbedürfnisse aus. Sie haben null Reserven, um zusätzliche Belastungen zu verkraften.»

DIE ZAHLEN STEIGEN
Das Ausmass ist bei genauem Hinschauen noch viel gravierender: Zählt man alle Personen zusammen, die in einem Working-Poor-Haushalt leben, sind in der Schweiz über 820 000 Menschen von Armut gefährdet. Seit



DIE ZAHL DER WORKING POOR STEIGT: Caritas kritisiert, dass die Schweiz zu wenig für Menschen macht, die trotz Arbeit zu wenig Geld haben. GRAFIK: WORK

Jahren steigt diese Zahl. Es gibt sehr viele Ursachen, warum Menschen trotz Arbeit in eine finanzielle Schieflage geraten können. Darunter die fehlende Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit, strukturelle Barrieren und Diskriminierung, steigende Lebenshaltungskosten und vieles mehr.

WAS ES BRÄUCHTE

Deshalb fordert Caritas Schweiz einerseits mehr gezielte Unterstützung für erwerbstätige Eltern, beispielsweise mit einer Familien-Ergänzungsleistung. Ein weiterer wichtiger Ansatz ist bedarfsgerechte und bezahlbare Kinderbetreuung. Denn besonders Familien sind von Erwerbsarmut betroffen. Weitere Forderungen sind berufsorientierte Weiterbildungen für Erwachsene und Mindestlöhne. Diese gibt es heute zwar in einzelnen Städten und Kantonen, zusätzlich in Gesamtarbeitsverträgen. Caritas fordert aber auch einen schweizweit gültigen Mindestlohn.

Mindestlohn: Referendum eingereicht

Am Mittwoch, 7. Oktober, hat das Referendumskomitee 100 000 Unterschriften gegen den Angriff auf die Mindestlöhne eingereicht. Anlässlich der Übergabe sagte Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Ob im Gastgewerbe, in der Reinigung, im Coiffeurgewerbe, im Detailhandel oder in der Textilreinigung: Wer die Mindestlöhne schwächt, trifft genau jene Beschäftigten, die jeden Franken zum Leben brauchen.» Auslöser für das Referendum war eine Motion des Luzerner Mitte-Ständerats Erich Ettlin. Diese fordert, dass Löhne gemäss Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Vorrang haben. Die Folge: Löhne in Tieflohnbranchen sinken weiter. Das bedeutet, dass in Kantonen wie Genf oder Neuenburg, wo das Stimmvolk für Mindestlöhne abgestimmt hat, diese in einzelnen Branchen nicht mehr gelten. Mit dem Einreichen des Referendums entscheidet nun das Volk voraussichtlich im Februar 2027 über die Zukunft der Mindestlöhne. (dak)

Stimmvolk verteidigt den Mindestlohn in der Stadt Luzern

Ohrfeige für die Hungerlohn-Koalition

Seit Anfang Jahr gilt in der Stadt Luzern ein Mindestlohn. SVP, FDP, GLP und Mitte wollten ihn schon wieder abschaffen. Das Volk erteilte ihnen eine deutliche Lektion und sagte Ja zu Löhnen, die zum Leben reichen.

CLEMENS STUDER

Gleich mit 67,6 Prozent stellten sich die Stadtluzerner Stimmen hinter den städtischen Mindestlohn. Damit blamiert sich die Luzerner Hungerlohn-Koalition aus Arbeitgeberverbänden und den Parteien SVP, FDP, GLP und Mitte bereits zum zweiten Mal.

TURBULENTE VORGESCHICHTE

Denn der Mindestlohn in der Stadt Luzern hat eine turbulente Vorgeschichte: Im Frühling 2024 nahm das Luzerner Stadtparlament die Initiative «Existenzsichernde Löhne jetzt!» der Juso mit 24 zu 23 Stimmen haarscharf an. Inhalt der Initiative: Auf dem Gebiet der Stadt Luzern gilt ein Mindestlohn von 22 Franken, der regelmässig an die Teuerung angepasst wird.

Die cleveren Juso hatten eine «Initiative mit ausgearbeitetem Reglement» eingereicht. In Luzern bedeutet das: Wer nach einem Parlaments-Ja gegen die Umsetzung einer solchen Initiative ist, muss das Referendum ergreifen. Die Hürde ist nicht wirklich hoch: Von den rund 53 000 Stimmberechtigten müssen gerade mal 800 unterschreiben, also 1,5 Prozent. Doch die finanziell bestens ausgestatteten Mindestlohn-Gegnerinnen und -Gegner aus SVP, FDP, GLP, Mitte und gleich vier Arbeitgeberverbänden brachten die nötigen Unterschriften nicht zusammen.

LANDSTURM DROHT

Aber die Mindestlohn-Loser gaben und geben nicht auf. Zuerst setzten sie auf den rechten Landsturm und liessen von einem Kiesunternehmer aus dem Luzerner Hinterland im Kantonsrat eine Motion einreichen, die der Stadt Mindestlöhne verbieten will. Wenig überraschend stimmte die bürgerliche Mehrheit zu. Derzeit wird ein entsprechendes Gesetz ausgearbeitet. Parallel dazu verabschiedete das



KLARE HALTUNG: In Luzern bleibt der Mindestlohn bestehen. FOTO: CANVA

Stadtparlament eine Vorlage, die den städtischen Mindestlohn wieder abschaffen wollte. Das Volk hat sie jetzt mit 67,6 Prozent der Stimmen gestoppt und sich damit unmissverständlich hinter den Mindestlohn gestellt.

DER GRUNDSATZENTSCHEID

Auch die Stimmenden von Winterthur und Zürich haben sich hinter städtische Mindestlöhne gestellt. Und zwar bereits im Jahr 2023. Dort wählte die Hungerlohn-Koalition eine andere Strategie, um die Umsetzung der Volksentscheide möglichst lange zu verzögern: Sie

klagte sich durch alle Instanzen. Doch diesen Sommer entschied das Bundesgericht: Alles rechtens.

Formal hat das Bundesgericht zwar «nur» die Zürcher Kantonsverfassung ausgelegt. Doch es ist ein Grundsatzentscheid, der alle Städte und Gemeinden betrifft. Denn die Begründung des Gerichts geht weit über den Einzelfall hinaus. Das Bundesgericht hält fest, dass Gemeinden Mindestlöhne einführen können, und das ohne ausdrückliche Grundlage in der Kantonsverfassung. Mehr noch: Es erkennt

Die Gegner brachten die Unterschriften für ein Referendum nicht zusammen.

an, dass Städte die lokalen Bedingungen kennen und das Phänomen der Working Poor ebenso gut bekämpfen können wie der Kanton. Mindestlöhne auf Gemeindeebene entsprechen dem Ziel der Bundesverfassung, dass arbeitsfähige Personen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten können sollen.



**work
kommentar**
Anne-Sophie Zbinden

MANNOMANN

Bundesrat Guy Parmelin tritt zurück. So sicher wie die Bilanzen des Bundesrätlichen Tuns folgen auf einen Bundesratsrücktritt die Spekulationen über mögliche Nachfolger. Und Nachfolgerinnen. Und damit leider so sicher wie verstörend die Frage: Hat sie Kinder? Lässt sich ein solches Amt überhaupt mit einer Familie vereinbaren? So geschehen bei den Bundesratswahlen 2022, als Bundesratskandidatin Evi Allemann allen Ernstes gefragt wurde, ob sie das alles unter einen Hut bringe, da ihre Kinder

Nicht hinterfragte Rollenbilder sind Baby-Killer.

zusammenlebe. Und jetzt, vier Jahre später, die gleiche Leier. SRF-Bundeshausmann Philipp Burkhardt kommentiert eine mögliche Kandidatur der Genfer Nationalrätin Céline Amaudruz so: Diese sei «Mutter von zwei Töchtern im Alter von einem und drei Jahren, womit sehr fraglich ist, ob sie sich für eine Kandidatur zur Verfügung stellen will».

ZUM TEUFEL. Céline Amaudruz ist SVP-Nationalrätin. Nun ist ja die SVP nicht gerade bekannt für die Stärkung der Gleichberechtigung. Aber trotzdem: Wo zum Teufel leben wir eigentlich? Und in welchem Jahrhundert? Als Alain Berset 2012 Bundesrat wurde, waren seine Kinder zwischen vier und neun Jahre alt. Didier Burkhalter's jüngstes Kind war bei seiner Wahl in den Bundesrat 16 Jahre alt. Ueli Maurer's jüngster Sohn war elf. Hat jemals jemand diese Männer gefragt, wer denn nun zu ihren Kindern schaue? Ob sie ein solches Amt mit ihrer Vaterrolle vereinbaren könnten? Es geht ja nicht mal darum, ob dies tatsächlich möglich ist oder nicht. Sondern um die simple Tatsache, dass auch im Jahr 2026 wie selbstverständlich die Hauptverantwortung für die Kinder bei den Müttern liegt. Und mehr noch: Müttern werden damit gleichzeitig auch Kompetenzen abgesprochen. Das ist falsch und ungerecht und ein Armutszeugnis unserer Gesellschaft.

BABY-KILLER. Und wenn sich jetzt Bürgerliche und Wirtschaftslobbyisten die Köpfe darüber zerbrechen, wieso die Frauen im Land immer weniger Kinder kriegen (wollen), dann wäre das eine naheliegende Antwort: Zementierte, nicht hinterfragte Rollenbilder sind Baby-Killer par excellence. Denn noch immer übernehmen Frauen den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit. Dafür reduzieren sie ihre Pensen und bezahlen das Kinderkriegen obendrauf noch mit einem tieferen Einkommen. Höchste Zeit, die Verteilung von (unbezahlter) Care-Arbeit umzukrempeln. Höchste Zeit für einen Care-Streik, wie er für den 14. Juni 2027 geplant ist.

PKK-Führer Öcalan
Staatsfeind Nr. 1
reicht die Hand

Mit der Selbstauflösung der Guerrilla macht Abdullah Öcalan aus der Not eine Tugend – und beweist wieder einmal seine Autorität.

JONAS KOMPOSCH

«Alle Gruppen müssen ihre Waffen niederlegen, die PKK muss sich auflösen. Ich grüsse alle, die an das Zusammenleben glauben und meinen Aufruf beherzigen.» So schloss Abdullah Öcalan 2025 seinen «Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft». Für Aussenstehende kam der Appell des Gründers der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) überraschend. Manche zweifelten gar an seinem Realitätssinn. Immerhin sitzt der 77jährige schon seit 1999 in Isolationshaft. Und sein Beschluss wirkte wie eine Kapitulation. Doch ein gutes Jahr später beschloss das türkische Parlament Historisches: ein Gesetz für Entwaffnung und Teilamnestie für Tausende PKK-Mitglieder. Dagegen



GRÜNDER DER KURDISCHEN ARBEITERPARTEI PKK:
Abdullah Öcalan im Jahr 1991 in Libanon. FOTO: KEYSTONE

stimmten nur ultranationalistische Kleinparteien. Öcalan aber gilt noch immer als Staatsfeind Nr. 1. Tatsächlich hatte er dem türkischen Staat 1984 den Kampf angesagt. Einem Staat notabene, der jeden Versuch der Kurden, zivil-politische Gefässe zu gründen, brutal niedergeworfen hatte, der ihre Kultur und Sprache illegalisierte und sogar die Existenz des kurdischen Volkes leugnete. So extrem tickt die Republik nicht mehr. Doch der Blutzoll war enorm: 45 000 Todesopfer, drei Viertel davon auf kurdischer Seite. Um den «Sumpf des Terrors» auszutrocknen, zerstörte die Armee Tausende Kurdendörfer.

NATIONALSTAAT NICHT ZIEL. In den letzten Jahren wurde es ruhiger um die Guerrilla, doch in ihrem Rückzugsgebiet in den nordirakischen Kandil-Bergen hielten Tausende die Stellung. Und dann Öcalans Aufruf – scheinbar aus dem Nichts. Doch in informierten Kreisen war er erwartet worden. Vom Ziel eines eigenen sozialistischen Nationalstaats für die rund 35 Millionen Kurdinnen und Kurden in der Türkei, dem

Vom Ziel des eigenen Staats ist Öcalan schon lange abgekommen.

Irak, Iran und Syrien ist Öcalan schon vor 20 Jahren abgekommen. Stattdessen entwickelte er den demokratischen Konföderalismus, ein Konzept, das die nichtstaatliche Selbstverwaltung zum Ziel hat. Ökologie und Frauenbefreiung sind darin zentral. Inspiration fand er beim anarchistischen Theoretiker Murray Bookchin. Vor diesem Hintergrund paradox anmuten konnte bisweilen Öcalans fast kultische Verehrung. Für viele Kurdinnen und Kurden ist «Apo» (Kosename für Abdullah) noch immer ihr «Serok», ihr Führer. Als im syrischen Bürgerkrieg die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) riesige Gebiete vom IS befreiten, bauten sie eine Gesellschaft nach Öcalans Konföderalismus auf. Und bereits vier Monate nach seinem Entwaffnungsauftrag verbrannten erste Einheiten feierlich ihre Kalaschnikows. Auch bei der aktuellen Integration der YPG in die syrische Armee soll Öcalan massgeblich mitgewirkt haben.

UNTER DRUCK. Hinter all dem stehen allerdings auch militärische Realitäten: Mit immer besseren Drohnen gelang es der Türkei, die PKK selbst in den Bergen zu kontrollieren. Gleichzeitig ging im Nordirak die rivalisierende Führung der öleichen teilautonomen Kurdenregion auf noch grössere Distanz. Und in Syrien kündigten die USA ihren einstigen YPG-Verbündeten die Luftunterstützung. Dann rückten am Boden islamistische Milizen an. Die PKK sieht sich also in die Enge getrieben, während Erdoğan die Türkei immer diktatorischer führt. Zwar öffnen ihr die israelisch-türkischen Feindseligkeiten ein Gelegenheitsfenster (siehe Interview). Doch eine komfortable Verhandlungsbasis sieht anders aus. Trotzdem hat die Organisation den Schritt aus dem Untergrund gewagt. Ob der neue Weg ans Ziel führt, hängt nicht allein von ihr ab.

Mithat Sancar (63) über den Friedensprozess in der Türkei

«**Es geht nicht um Vertrauen, sondern um handfeste Garantien**»

Nach über 40 Jahren Krieg und Guerrillakampf löst sich die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf. Doch die kurdische Frage sei noch lange nicht gelöst, sagt Verfassungsrechtler Mithat Sancar. Und erklärt, was das mit israelischen Drohungen und faschistischen Ängsten zu tun hat – und was er von der Schweiz erwartet.

JONAS KOMPOSCH

work: Herr Sancar, 2016 erzählten Sie in einem WOZ-Interview von mehreren willkürlichen Verfahren, die in der Türkei gegen Sie eröffnet worden waren. Nach der Rückkehr von Ihrem Schweizbesuch drohte Ihnen die Verhaftung. Aber heute sind Sie für die türkische Regierung eine der wichtigsten Figuren im laufenden Friedensprozess. Wie ist Ihnen das gelungen? **Mithat Sancar:** (lacht) Gesellschaften sind dynamisch, und Geschichte verläuft nicht gradlinig. Zudem war ich schon immer der Überzeugung, die Kurdenfrage müsse mit Dialog und Verhandlungen gelöst werden. Aktiv den Frieden voranzubringen war denn auch meine Hauptmotivation, als ich 2015 beschloss, für die HDP (eine linke, prokurdische Partei, die in der heutigen DEM-Partei aufgegangen ist, Anm. d. Red.) bei den Parlamentswahlen anzutreten. Doch just in dieser Zeit scheiterte der letzte Friedensprozess. Und wie immer, wenn Friedensinitiativen scheitern, kommt der Krieg noch brutaler zurück. So war es auch damals. Mit Folgen auch für uns HDP-Abgeordnete. Die Regierung warf uns vor, der verlängerte Arm der PKK zu sein. Selahattin Demirtaş und Figen Yükeşdağ, unser damaliges Co-Präsidium, sitzen seither im Gefängnis. Ebenso Tausende weitere Parteimit-

Mithat Sancar:
Vom Professor zum Spitzenpolitiker

Mithat Sancar (1963) ist Staatsrechtler, Mitglied der türkischen Nationalversammlung für die linke DEM (Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker, Nachfolgerin der HDP) und Teil der Imrali-Delegation, die zwischen der Regierung und dem inhaftierten PKK-Gründer Abdullah Öcalan vermittelt. Er stammt aus einer arabischen Familie aus der südostanatolischen Stadt Nusaybin an der Grenze zu Syrien. Als Professor für Staatsrecht lehrte er lange an der Universität Ankara. Ausserdem ist er der türkischen Öffentlichkeit als Intellektueller, Kolumnist und Aktivist für Frieden und Menschenrechte bekannt.

VERFAHREN. Vor der Parlamentswahl im Juni 2015 bat ihn die damalige HDP-Co-Vorsitzende Selahattin Demirtaş, einer seiner ehemaligen Studenten, fürs Parlament zu kandidieren. Sancar willigte ein und verhalf der Partei so, zur drittstärksten Kraft aufzusteigen. Von 2020 bis 2023 war er ihr Co-Präsident. Gegen die primär bei Kurden verankerte HDP läuft seit 2021 ein Verbotsverfahren wegen angeblichem Terrorismus und Separatismus. (jok)

glieder. Und viele demokratisch gewählte HDP-Bürgermeister wurden durch Zwangsverwalter ersetzt. Die Verfahren gegen mich sind aber – warum auch immer – alle versandet.

Sie gehören jetzt zur Imrali-Delegation, also zu jenem kleinen Kreis, der den seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali isolierten PKK-Gründer Abdullah Öcalan (77) zwecks Friedensverhandlungen besuchen darf. Wie geht es Öcalan?

Wir sprechen da eigentlich nicht gross über unser Wohlbefinden. Aber Öcalan ist jedenfalls gesund. Ich war jetzt rund 13mal bei ihm, zuletzt am 13. September, zusammen mit meiner Parteikollegin Pervin Buldan und dem Anwalt Faik Özgür Erol. Es war das erste Treffen, nachdem das Parlament ein Rahmengesetz zur Auflösung der PKK und zum Strafaufschub für ihre Mitglieder und Unterstützer beschlossen hatte. Wir führten ein über dreistündiges Gespräch. Öcalan ist sehr fokussiert und versucht immer wieder, Perspektiven für den laufenden Prozess und die Zukunft zu entwickeln.

Ihre DEM-Partei unterstützt das Rahmengesetz, kritisiert es aber zugleich harsch. Es fokussiere auf rein militärische Aspekte und ignoriere die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen der Kurdenfrage komplett. Auch sehe es keine Mechanismen zur Wahrheitsfindung und Aufarbeitung von Kriegsverbrechen vor. Und für Tausende politische Gefangene abseits der PKK bringe es keine Freiheit. Wie stehen Sie dazu?

Zentral ist, dass überhaupt ein Gesetz erlassen worden ist. Dass es perfekt sei, behaupte ich freilich nicht. Es ist ein erster Schritt. Wir wollten natürlich viel umfassendere Regelungen und mehr Garantien. Aber bedeutend ist der Schritt von der Gewalt hin zur Politik. Jetzt muss es auf der Grundlage des Rechts weitergehen.

Aber das Wort «Kurden» kommt kein einziges Mal vor in diesem Gesetz, in dem es doch um die Kurdenfrage geht!

Ja, das kritisieren wir auch. Aber andererseits ist es auch kein Gesetz zur Lösung der Kurdenfrage, sondern Teil eines längeren Prozesses. Unser Ziel ist, dass dieser Prozess auf drei Linien läuft, die einander berühren und stärken: Erstens geht es um die rechtliche Grundlage der Entwaffnung, zweitens darum, die Lösungswege für die Ursachen der Gewalt zu erarbeiten, also den Weg aufzumachen für eine Lösung der Kurdenfrage, und drittens um eine Garantie für einen dauerhaften gesellschaftlichen Frieden mittels eines starken Demokratisierungsprozesses. Das nenne ich Friedensdreieck.

Die Zeichen stehen aber alles andere als auf Demokratisierung. Selbst die Staatsgründerpartei CHP wird mittlerweile mit Repressalien verfolgt, wie sie bisher bloss für die Kurden reserviert waren. Präsident Recep Tayyip Erdoğan wirkt immer autoritärer. Kann man ihm überhaupt trauen und mit ihm verhandeln?

Friedensprozesse werden nun mal nicht auf Idealismus oder gutem Willen gebaut. Man kann auch nicht sagen, mit dem oder jener verhandle ich nicht. Ansprechpartnerin ist immer jene Partei, die die Macht hat. Und um Vertrauen geht es nicht primär in Friedensprozessen, sondern um handfeste Garantien. Vertrauen ist eine sehr fragile Sache nach vierzig Jahren Krieg. Es gibt in der polarisierten türkischen Gesellschaft ein tiefes Kommunikationsproblem. Man muss wieder lernen, sich zuzuhören. Jetzt geht es erst mal um vertrauens-

bildende Massnahmen. Dazu zählt etwa die eingerichtete überparteiliche Parlamentskommission oder das verabschiedete Rahmengesetz.

Man darf auch nicht vergessen: Friedensprozesse lösen nicht alle Probleme auf einmal und demokratisieren Länder nicht automatisch. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit werden nie von oben verschenkt, sondern müssen von unten erkämpft werden. Dass es einen Friedensprozess gibt, schafft die Aufgabe nicht ab, für diese Ziele ständig zu kämpfen.

Möglich wurde der aktuelle Prozess ja nur, weil Abdullah Öcalan im Februar 2025 seine Gefährten dazu aufrief, die Waffen niederzulegen und die Guerrilla aufzulösen. Hat auch Sie dieser Entscheid überrascht? Eigentlich nicht. Öcalan will seit über dreissig Jahren die Kurdenfrage durch Dialog und demokratische Politik lösen. Schon mehrmals hat die PKK unter seiner Führung auch einseitige Waffenstillstände erklärt. Man hat verschiedene Methoden angewandt, um Friedensprozesse voranzubringen. Ab 2009 gab es die Osloer Friedensgespräche, dann von 2013 bis 2015 erneut ein Versuch. Geklappt hat nichts davon. Es gab ja weltweit zahlreiche ähnliche Konflikte, die irgendwann beigelegt werden konn-

«Für Öcalan ist die Sache klar: Nicht der Kampf an sich ist vorbei, sondern die Phase des bewaffneten Kampfes.»

ten. Überall verlief es nach demselben Schema: zuerst informelle Kontaktaufnahmen zwischen den Parteien, dann gemeinsame Geheimgespräche, erst dann offene Gespräche, die irgendwann in ein Abkommen münden und zuletzt die Waffen niederlegung.

In der Türkei scheint es heute genau umgekehrt zu laufen. Richtig. Friedensprozesse werden eben auch vor dem Hintergrund konkreter Bedingungen, Erfahrungen und geopolitischer Faktoren gestartet. Für Öcalan war ein Friedensprozess gegenwärtig realistisch, wenn als erstes die Waffen schweigen.

Ist das nicht ein riskanter Schachzug? Für Öcalan ist die Sache glasklar: Nicht der Kampf an sich ist vorbei, sondern die Phase des bewaffneten Kampfes. Ohne das zu akzeptieren, kommt man nicht weiter. Aber klar, es braucht eine Grundlage des Rechts und der Politik. Aber der jetzige Friedensprozess kann nicht alles auf einmal lösen. Was er kann, ist, ein besseres Terrain zu schaffen, um mehr Demokratie, Freiheit und Gleichheit für alle zu erreichen. Ich sehe ein enormes Potential.

Auf Regierungsseite hat ausgerechnet Devlet Bahçeli ein Ende des Kriegs gegen die PKK angeregt, also der Chef des rechtsextremen, kurdenfeindlichen Koalitionspartners MHP. Woher kommt sein Sinneswandel?

Bahçeli sah nach dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 eine grosse Gefahr auf die Türkei zukommen. Im Zuge des Kriegs zwischen Israel und der Hamas zeichnete sich eine Neuordnung im gesamten Nahen Osten ab. Und wenn dann ein Staat noch mit einem inneren bewaffneten Konflikt zu kämpfen hat, ist das natürlich eine Schwäche.

Erdoğan, ein erklärter Hamas-Unterstützer, befürchtet offenbar ernsthaft einen Angriff Israels. Zu Recht?

Eine direkte Intervention halte ich nicht für möglich. Aber es geht um Vormachtsansprüche in der Region. Und da lässt sich der Konflikt mit den Kurden ausnutzen, er ist aus Sicht der Regierung eine Schwachstelle. Aber auch für Öcalan war die Entwicklung in Nahost ein wichtiger Beweggrund für den jetzigen Prozess.

Inwiefern?

Freiheit und Rechte sind dem kurdischen Volk sehr wichtig, aber Sicherheit ist es auch. Und es gibt nun mal grosse Risiken, wenn der bewaffnete Kampf weitergeführt wird. Etwa dass man plötzlich Teil eines Krieges zwischen verschiedenen Mächten wird. Deshalb will Öcalan in allen Staaten, in denen Kurdinnen und Kurden leben, die demokratische Integration vorantreiben.

Also wie in Syrien, wo die Rojava-Revolution zu Ende ist und die kurdischen Volksverteidigungseinheiten sich ins staatliche Heer von Interimspräsident Ahmed al-Scharaa eingegliedert haben.

In Syrien befand man sich an einem Scheideweg. Es bestand die Gefahr einer weiteren Eskalation des militärischen Konflikts, der katastrophale Folgen gehabt hätte sowohl für die Kurdinnen als auch für andere Völker. Es ging in Richtung Genozid.

In der Türkei werfen Kritiker Präsident Erdoğan vor, den Friedensprozess zu inszenieren, um in der Wählergunst konservativer Kurden zu steigen, die Opposition zu spalten und so eine erneute Präsidentschaft zu sichern. Was sagen Sie dazu? Diese Sorgen sind verständlich. Allerdings ist es nicht redlich, immer bloss die Regierungsperspektive zu betrachten. Als wäre die andere Seite kein handelndes Subjekt mit eigenen Werten, Zielen und Handlungsoptionen. Wer aber diese Gefahren sieht, soll den Prozess jetzt mitgestalten. Politisch und gesellschaftlich gesehen ist er offen für alle.

Auch für internationale Akteure? Sie kommen ja gerade aus dem Bundeshaus... Ja, das gilt besonders für zivilgesellschaftliche Akteure. Gegen die weltweite Tendenz zu Krieg und Autoritarismus kann der Prozess in der Türkei als Stützpunkt des Kampfes für Frieden und Demokratie gesehen werden. Deswegen ist hier die internationale Zusammenarbeit sehr wichtig. Ein Friedensprozess hat ja immer Folgen weit über die nationalen Grenzen hinaus. Der jetzige Prozess hat das Potential, regionale und sogar globale Wirkungen zu entfalten. Das weiss die Schweiz, die ja Gastgeberin zahlreicher Friedensprozesse war und hierin eine lange Tradition hat. Auch zu diesem Prozess sollte sie einen Beitrag leisten. In Bern traf ich Delegationen von verschiedenen Parteien. Der Austausch stimmt mich optimistisch.



MITHAT SANCAR: «Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit werden nie von oben verschenkt, sondern müssen von unten erkämpft werden. Dass es einen Friedensprozess gibt, schafft die Aufgabe nicht ab, für diese Ziele ständig zu kämpfen.» FOTO: RAJA LÜBLI



Gewerkschaften im Parlament: Kampf gegen Arbeitsstress

Burnout und Stress am Arbeitsplatz nehmen explosionsartig zu. Laut der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz leidet jeder dritte Beschäftigte in Europa unter Angstzuständen, die durch die Arbeit verursacht oder verschlimmert werden. Ein schockierender Befund! Und der Einsatz digitaler Technologien am Arbeitsplatz droht den psychosozialen Stress weiter zu erhöhen. Die mentale



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Belastung durch immer höhere Arbeitsintensität ist von 27 Prozent im Jahr 2015 auf 40 Prozent im Jahr 2021 gestiegen.

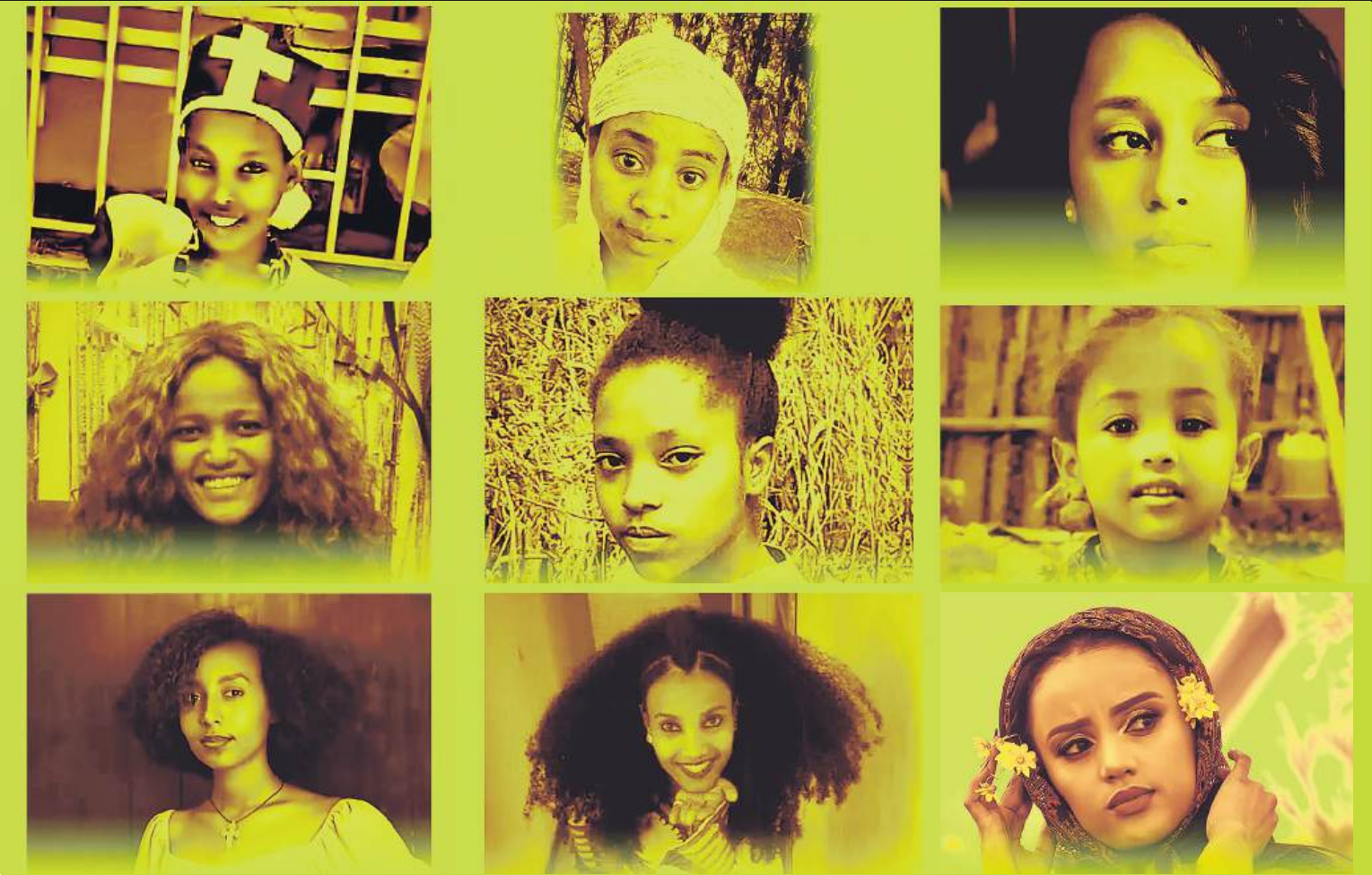
GEGEN IMMER MEHR ARBEITSSTRESS. Für die belgische Gewerkschafterin und EU-Abgeordnete Estelle Ceulemans ist die Sache klar: Es braucht europäische Gesetze zur Prävention, Erkennung und Bewältigung von psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz. Schöne Worte reichen nicht. Deshalb lancierte Ceulemans ihren Initiativbericht zum Thema «Psychosoziale Risiken, Stress und psychische Gesundheit am Arbeitsplatz», der vom zuständigen Ausschuss mit grosser Mehrheit verabschiedet wurde. Stimmt am 7. Oktober (nach Redaktionsschluss) auch das EU-Parlamentsplenum zu, muss die EU-Kommission einen Gesetzesentwurf vorlegen, der den psychosozialen Gesundheitsschutz stärkt.

Burnout soll als Berufskrankheit anerkannt werden.

RECHT ZUM ABSCHALTEN. Laut dem Antrag von Estelle Ceulemans müssten künftig auch durch psychische Ängste bedingte Erkrankungen – wie Burnout – als Berufskrankheit anerkannt werden. Zudem fordert sie eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Belästigung am Arbeitsplatz. Die Stärkung der Arbeitsaufsicht und der Sozialpartner im Bereich psychische Gesundheit ist eine weitere zentrale Forderung. Beschäftigte sollen zudem auch ein «Recht zum Abschalten» von Handys ausserhalb der Arbeitszeit bekommen. Zudem soll die Richtlinie Beschäftigte vor algorithmischer Überwachung schützen. Die Begleitung der Beschäftigten bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz nach einem Burnout ist eine andere zentrale Forderung. Schliesslich soll die gesetzliche Beweislast auf die Arbeitgeber verlagert werden, damit diese nachweisen müssen, dass eine Erkrankung nicht arbeitsbedingt ist, wenn Beschäftigte Schäden durch psychosoziale Faktoren nachweisen können.

QUALITY JOBS ACT. Ob es tatsächlich zu diesen Verbesserungen kommt, ist offen. Bis jetzt konnten sich weder die rechtsradikalen Parteien noch die Arbeitgeberlobby durchsetzen. Erstere widersetzten sich jeglichem Fortschritt im Bereich Arbeitsschutz. Letztere verlangen die vollständige Ablehnung des Initiativberichtes. Es wird sich jedoch bald zeigen, wie wichtig den christdemokratischen Parteien Würde und Gesundheit der Beschäftigten sind. Sie stellen im EU-Parlament und in der Kommission die Mehrheit, entweder zusammen mit den Linken und Grünen oder zusammen mit den Rechtsradikalen. Die EU-Kommission will im Dezember einen neuen «Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze» vorlegen. Man darf gespannt sein, wie viel Arbeits- und Gesundheitsschutz darin sein wird.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.



FEMINISTISCHE BEWEGUNG IN ÄTHIOPIEN: «Tisema» macht die weiblichen Opfer von Gewalt sichtbar. FOTO: ZVG

Gewalt gegen Frauen in Äthiopien nimmt weiter zu Wie aus der Wut eine politische Kraft entstand

Die feministische Bewegung «Tisema» fordert ein Ende der Gewalt gegen Frauen in Äthiopien. In den sozialen Medien erreicht sie Millionen Menschen. An ihrem Anfang steht die tragische Geschichte von Zewdu Haftu.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Der Fall bewegt ganz Ostafrika: Die Äthiopierin Zewdu Haftu hatte versucht, sich gegen einen sexuellen Übergriff zu wehren. Daraufhin hat der Täter sie an den Haaren weggezerrt. Dabei wurde sie von einem Fahrzeug erfasst und schwer verletzt. Die 32-jährige starb am 19. August 2023. Zwei Männer wurden zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt. Diesen August jedoch wieder freigesprochen und aus dem Gefängnis entlassen.

Diese plötzliche Entlassung der beiden Männer rief die feministische Bewegung «Tisema» auf den Plan. Kiya Ali ist Teil der Bewegung. Für sie zeigt der Fall exemplarisch: «Gewalt gegen Frauen wird in Äthiopien immer wieder als Einzelfall behandelt, obwohl dahinter ein landesweites Muster steckt.»

Politik in Äthiopien: Autoritäre Regierung

Äthiopien liegt am Horn von Afrika und ist mit rund 130 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern eines der bevölkerungsreichsten Länder des Kontinents. In der Hauptstadt Addis Abeba regiert Ministerpräsident Abiy Ahmed, seit 2018 im Amt. Einst galt er als Hoffnungsträger für demokratische Reformen, heute bestimmt seine Prosperity Party das politische Geschehen weitgehend allein. Oppositionelle berichten von Einschüchterungen und verweigerten Genehmigungen, auch die Pressefreiheit ist eingeschränkt.

KRIEG. Zudem prägen anhaltende Konflikte das Land. Der Krieg in Tigray von 2020 bis 2022 forderte Hunderttausende Todesopfer. Ende September 2026 flammten dort erneut Kämpfe zwischen Regierungstruppen und tigrayischen Kräften auf. (dak)

Das bestätigt auch Betelehem Akalework, Mitgründerin von Tisema. Frühere Forderungen nach einem entschiedeneren Vorgehen gegen Gewalt an Frauen hat die Regierung weitgehend ignoriert, während die Gewalt weiter zugenommen hat. Akalework sagt zu work: «Die immer wieder gleichen Geschichten über geschlechtsspezifische Gewalt brachten viel Wut und Trauer mit sich.» Aus dieser kollektiven Trauer sei Tisema entstanden. Ihre Kollegin Ali ergänzt: «Wir glauben, dass Trauer in öffentliches Handeln, institutionelle Verantwortung und Rechenschaftspflicht umgesetzt werden muss.»

UNSICHTBARE GEWALT
Die zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre in Äthiopien haben die Situation von Frauen weiter verschärft. Konflikte, Vertreibung und wirtschaftliche Not erhöhten die Risiken für Frauen und Mädchen, erklärt Ali. Hinzu kämen tief verankerte soziale Ungleichheiten.

Wie gross das Problem ist, zeigen die Zahlen. Laut dem «Ethiopian Health Survey 2025» hat knapp jede dritte der jemals verheirateten Frauen zwischen 15 und 49 Jahren körperliche, sexuelle oder emotionale Gewalt durch ihren Partner erlebt. Gleichzeitig wenden sich lediglich 27 Prozent der Betroffenen an eine Stelle, die Hilfe anbietet.

Für Tisema reicht es deshalb nicht, einzelne Fälle strafrechtlich zu verfolgen. Die Bewegung fordert, dass geschlechtsspezifische Gewalt als strukturelles und politisches Problem anerkannt wird. Aktivistin Akalework sagt: «Wir fordern die äthiopische Regierung auf, geschlechtsspezifische Gewalt als nationale Krise anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Wir wollen, dass geschlechtsspezifische Gewalt nicht länger als etwas Privates oder Unvermeidbares betrachtet wird.» Es gehe darum, Strukturen zu verändern, die Gewalt ermöglichen.

«LASS SIE ZU WORT KOMMEN»

Um diese Forderungen sichtbar zu machen, setzt Tisema auf traditionelle und auf soziale Medien. Unter dem Hashtag #Tisema verbreiten international Tausende Menschen Beiträge über die Bewegung und ihre Forderungen. Grüne Profilbilder wurden zum Zeichen der Solidarität. Eine von Tisema gestartete Petition haben inzwischen mehr als 200 000 Menschen unterschrieben. Der digitale Raum sei dabei nicht nur eine

Gewalt gegen Frauen: Blick nach Südafrika

Frauenrechtsorganisationen kämpfen in Südafrika für wichtige Fortschritte. Doch heute noch leidet das Land unter massiver Gewalt gegen Frauen. Zahlen der Vereinten Nationen zeigen das Ausmass auf: Das Risiko für eine Frau in Südafrika, Opfer eines Femizids zu werden, ist fünfmal so hoch wie im globalen Durchschnitt. In Südafrika werden mehr als sechs Frauen pro Tag ermordet. Die Gewalt hat vielschichtige Ursachen: Armut, Arbeitslosigkeit, Folgen von Kolonialismus und Apartheid, grosse Klassenunterschiede und vieles mehr.

GRAVIEREND. Auch die UN Women warnt vor der gravierenden Situation in Südafrika: «Gewalt gegen Frauen ist kein Problem, das auf ein einzelnes Land oder eine bestimmte Institution beschränkt ist. Es handelt sich um eine weltweite Krise der Menschenrechte und der öffentlichen Gesundheit.»

strategische Entscheidung. Weil die Versammlungsfreiheit in Äthiopien eingeschränkt ist, sind öffentliche Proteste mit erheblichen Risiken verbunden. Akalework erklärt: «Wir wollen, dass möglichst viele Teil dieser Bewegung werden und dabei so sicher wie möglich bleiben.» Tisema orientiert sich deshalb auch an feministischen Bewegungen in anderen Ländern. Zum Beispiel Südafrika. Dort führte der öffentliche Druck von Frauenrechtsorganisationen und Betroffenen dazu, dass geschlechtsspezifische Gewalt 2025 offiziell als nationale Krise anerkannt wurde.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Das Ziel der Petition liegt bei einer Million Unterstützerinnen und Unterstützern. Dabei setzt Tisema auch auf internationale Solidarität, sagt Akalework. Stimmen aus dem Ausland könnten die Forderungen äthiopischer Frauen verstärken, Solidarität mit Menschenrechtsverteidigerinnen schaffen und verhindern, dass das Thema allzu schnell wieder aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet. Tisema-Aktivistin Ali sagt: «Das Ziel ist aber nicht einfach mehr Aufmerksamkeit.» Es gehe um «anhaltende Solidarität», die zu konkreten Veränderungen führe.

Denn die Geschichte von Zewdu Haftu steht für viele Frauen auf der ganzen Welt. Tisema will aus ihrer Geschichte eine gemeinsame, mächtige Stimme machen.



DIE WIDERSACHER: Lula spricht mit dem Megaphon (oben), und Flávio Bolsonaro feiert. FOTO: KEYSTONE



GEFEIERT WIRD TROTZDEM: Lula-Supporterinnen am Sonntag auf den Strassen von Rio de Janeiro. FOTO: KEYSTONE

Schicksalswahl im grössten Land Lateinamerikas

Fällt Brasilien wieder in die Hände der Ultrarechten?

Die Bilanz von Brasiliens Präsident und Ex-Arbeiterführer Lula lässt sich sehen: höherer Mindestlohn, höhere Sozialhilfe, historisch tiefe Arbeitslosenquote. Trotzdem ist seine Wiederwahl durch die Ultrarechte bedroht.

NIKLAS FRANZEN, SÃO PAULO

Als Luiz Inácio Lula da Silva auf die Bühne steigt, ist kurz alles wie immer. Jubelschreie, Hunderte Handys filmen, Hände werden zum L geformt. Morgen, brüllt Lula mit seiner unverkennbaren Kratzstimme, starte seine neue Kampagne. Er ist sich sicher: Die Präsidentschaftswahl wird er erneut gewinnen.

Doch der ostentative Optimismus kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Lula und seine Arbeiterpartei PT eine schwere Niederlage eingefahren haben. Trotz Vorsprung in den Umfragen lag Lula am Ende knapp zwei Prozentpunkte hinter seinem ultrarechten Widersacher Flávio Bolsonaro. Dieser ist der Sohn des verurteilten Ex-Präsidenten Jair Bolsonaro.

Nun entscheidet eine Stichwahl am 25. Oktober über die brasiliani-

sche Präsidentschaft. Für Lula – jenen Mann, der die neuere Geschichte Brasiliens geprägt hat wie kaum ein anderer – könnte es sein letzter Tanz werden.

ERSTER ARBEITER-PRÄSIDENT

Ein paar Tage vor der Wahl, vor den Toren São Paulos: Maicon Michel da Silva schliesst die Tür zu einem Büro auf. Auf dem Schreibtisch stehen ein Drehscheibentelefon und eine Schreibmaschine. «Wir haben das Büro genau so erhalten, wie es zu Lulas Zeit als Präsident der Metallarbeitergewerkschaft aussah.»

Da Silva, 50, trägt lange Dreadlocks und Ohrringe. Er arbeitet als Monteur bei Mercedes und ist Funktionär der Metallarbeitergewerk-

«Lula hat der sozialen Bewegung wieder mehr Raum gegeben.»

MAICON MICHEL DA SILVA



schaft CNM in der Industriestadt São Bernardo do Campo. Es ist jene Gewerkschaft, in der Lula in den 1970er Jahren seine politische Karriere begann. Seine Präsidentschaft habe ein Paradigmenwechsel dargestellt: Erstmals wurde ein Arbeiter zum Staatsoberhaupt gewählt.

Auf Lulas jüngste Amtszeit blickt der Gewerkschafter da Silva,

selbst kein PT-Mitglied, mit gemischten Gefühlen. Nach Jahren, in denen Bolsonaro die Interessen der arbeitenden Bevölkerung angegriffen habe, musste Lula eine «Regierung des Wiederaufbaus» führen. Er habe Institutionen gestärkt und neu aufgebaut, darunter das Arbeitsministerium und staatliche Kontrollbehörden zur Bekämpfung von Sklavenarbeit. Zudem habe Lula den Mindestlohn und die Sozialhilfe erhöht, öffentliche Universitäten ausgebaut und Gewerkschaften sowie sozialen Bewegungen wieder mehr Raum gegeben. Auch die Wirtschaftsdaten sprechen für eine positive Bilanz: Die Arbeitslosenquote liegt auf einem historischen Tiefstand.

Doch Lula regiert gegen einen konservativen Kongress, der zahlreiche Vorhaben blockiert hat, darunter eine Überarbeitung des Arbeits- und Rentenrechts. Um mehrheitsfähig zu bleiben, musste Lula eine breite Koalition schmieden, auch mit konservativen Kräften. Für grössere gesellschaftliche Veränderungen blieb dadurch wenig Spielraum. Zudem ist Lula bei vielen Menschen unbeliebt, er wird mit Korruption in Verbindung gebracht, und gerade beim Thema öffentliche Sicherheit wird ihm wenig Kompetenz zugeschrieben.

CHEMISCHE KASTRATION

Für Natalia de Oliveira (34), feuerrote Haare, tätowierte Arme, hat sich Brasilien in einen «Narco-Staat» verwandelt. De Oliveira steht einige Tage vor

der Wahl auf der Avenida Paulista, São Paulos bekanntester Strasse. Lula sei ein Komplize krimineller Gruppen, meint sie. Das glauben viele Bolsonaro-Wählerinnen und -Wähler, obwohl es dafür keine Beweise gibt.

Laut Umfragen ist die Kriminalität die grösste Sorge der Brasilianerin-

«Lula ist ein Komplize krimineller Gruppen.»

NATALIA DE OLIVEIRA



nen und Brasilianer, noch vor den Dauerbrennern Korruption und Armut. Ein grosser Teil der Bevölkerung befürwortet eine härtere Gangart gegen kriminelle Organisationen. Flávio Bolsonaro will Megafängnisse nach salvadorianischem Vorbild errichten und für Sexualstraftäter die chemische Kastration einführen. Damit scheint er offenbar einen Nerv getroffen zu haben. Nicht nur er.

Neben dem Präsidenten wurden am Wahlsonntag auch das Abgeordnetenhaus, Teile des Senats, die Gouverneure und die Landesparlamente gewählt. Es setzten sich viele rechte und ultrarechte Kandidaten durch. Das könnte das politische Gefüge des grössten Landes Lateinamerikas gründlich durcheinanderbringen.

Sollte Flávio Bolsonaro die Wahl gewinnen, dürfte er unverzüglich

seinen Vater begnadigen, der wegen eines geplanten Staatsstreiches zu 27 Jahren Haft verurteilt wurde. Zudem errangen zwei seiner Brüder und seine Stiefmutter Sitze im Parlament. Der Familien-Clan mit enger Beziehung zur Trump-Familie in den USA steht damit kurz vor einer Rückkehr an die Macht.

80JÄHRIGER HOFFNUNGSTRÄGER

Zurück auf der Wahlparty in São Paulo. Nach der Lula-Rede ist die Stimmung gedämpft. In der Hotellobby steht etwas verloren ein Mann mit knallrotem Lula-Shirt, auf seiner Kappe steht: «Brasilien gehört den Brasilianern.» Es ist Luiz Turco, 70 Jahre, Mitgründer der Arbeiterpartei PT. Er habe ein anderes Ergebnis erwartet, sagt er. Das Ergebnis sei «eine Überraschung» für ihn. Seit mehr als 40 Jahren begleite er die Arbeiterpartei. Wenn er eines gelernt habe: dass Niederlagen dazugehör-

«Entschieden ist nichts. Unsere Partei ist stets für Überraschungen gut.»

LUIZ TURCO



ten. Und dass seine Partei für Überraschungen gut sei. Entschieden sei noch nichts. Und wenn alles gut läuft, wird der 80jährige Lula noch ein letztes Mal Präsident.



Elektrolastwagen: Verschrotten wir die ineffiziente Hupac!

Die Zukunft gehört national und international den Elektrolastwagen. Und dem Verlagerungssystem Cargo Beamer. Es ist viel effizienter als «unser» Hupac-Verladesystem. Doch in der Schweiz scheint das nicht zu interessieren. Fast wären wir versucht zu verzweifeln, doch der technische Fortschritt gibt Hoffnung

Jedes Jahr brettern weit mehr als 2,4 Millionen schwere Lastwagen über den Brenner. Am Gotthard sind es nur 700 000 Brummer. Wegen der LSWA, der Schwerverkehrsabgabe, gibt es hier einen Umwegverkehr: Hätte das Schweizer Volk die Alpeninitiative 1994 nicht angenommen, würden heute rund 400 000 Lastwagen statt über den Brenner über den Gotthard fahren.

Pro Kilometer bezahlt ein Lastwagen in der Schweiz, je nachdem wie umweltfreundlich er ist, knapp einen Franken Schwerverkehrsabgabe. Diese im internationalen Vergleich sehr hohe Belastung hat in Sachen Logistik zu einem Innovationsschub geführt. Nur wer seine Lastwagen in der Schweiz auf der Hin- und Rückfahrt auslastet, kann Kosten sparen und Geld verdienen. Angesichts der hohen Dieselpreise erst recht wichtiger denn je.

ISOLATION. Doch das im alpenquerenden Güterverkehr auf dem Schienennetz tätige Schweizer Unternehmen Hupac hat inzwischen das Rennen gegen das viel effizientere Verladungssystem Cargo Beamer verloren. Der Grund: Hupac kann nur kranbare Auflieger transportieren, Cargo Beamer dagegen 90 Prozent aller Lasten. Die



HAT DAS RENNEN VERLOREN: Das Schweizer Verladesystem Hupac kann mit dem Verlagerungssystem von Cargo Beamer nicht mithalten. FOTO: WIKIPEDIA

SBB scheinen dies begriffen zu haben. Sie haben der BLS die Cargo-Beamer-Verbindung zwischen Domodossola und dem deutschen Kaldenkirchen weggeschnappt. War bisher niemandem auch nur eine Zeile wert!

Und leider lahm auch der Verein Alpeninitiative – und er wurde erst noch umgetauft. Er firmiert nun unter dem Namen «Pro Alps» und konzentriert sich neu vorab auf drei Dinge: erstens den Verkauf von Honig, zweitens das Wandern und drittens auf die Unterstützung der ineffizienten Hupac. Anders in Tirol: Dort haben die Menschen die Nase voll und beginnen, den

Brenner regelmässig zu blockieren. Niemand von unseren Schweizer Verkehrspolitikern und -politikern wurde allerdings südlich von Innsbruck gesichtet. Hoch lebe die internationale Isolation!

ELEKTRO. Fast wären wir versucht zu verzweifeln: Unter anderem, weil Deutschland in den nächsten zehn Jahren eisenbahnseitig keinen roten Cent in die Zufahrtslinien zum Lötschberg, Gotthard und Brenner investieren wird. Doch der technische Fortschritt macht Hoffnung: Die Elektrolastwagen setzen sich rasend

schnell durch. Der chinesische Konzern Sany bringt für einen lächerlichen Preis von weniger als 200 000 Franken den 263 S mit einer Reichweite von 500 Kilometern auf den Markt. Mit 1,2 Millionen Kilometern Garantie. In der Schweiz gibt es nur 55 000 schwere Lastwagen. Alle Stinki-Diesel zu ersetzen wäre für nur elf Milliarden Franken möglich, das ist so viel, wie uns die Landwirtschaft pro Jahr, richtig berechnet, kostet.

UMSTELLEN. Technisch gesehen ist alles kein Problem und rechnet sich. Politisch braucht es etwas Hirschmalz. Das Hupac-System muss verschrottet werden. Es soll durch Cargo-Beamer-Lade-und-Entlade-Stationen ersetzt werden. Bitte Video anschauen (siehe Kasten rechts). Das geht nicht ohne Schmierer und Salben.

Damit die Gotthardlinie etwas Verkehr erhält, muss in der Lombardei der Hupac-Umschlagterminal Busto Arsizio umgerüstet werden.

Im Raum Basel braucht es einen grossen Cargo-Beamer-Terminal, der pro Jahr eine Million Container und Auflieger verladen kann, die schwergewichtig Richtung Domodossola und Busto Arsizio versandt werden oder von dort herkommen.

Der Bund muss einen Fonds schaffen und allen, die auf Elektrolastwagen umsteigen, diese pro Kilometer zum Preis von 40 Rappen vermieten. Damit auch der letzte Lastwagen umgestellt wird.

KI kann so ein Szenario vermutlich leicht berechnen.

LINKS:

- [rebrand.ly/China-Lastwagen](#)
Wir lesen da: Bei der Thurgauer Transportfirma Hugelshofer befindet sich zurzeit ein erster chinesischer Sany-Lastwagen in der Werkstatt. Man bereite ihn für die Vorführung bei der Motorfahrzeugkontrolle vor, sagt CEO Martin Lörtscher. Den Preis gibt er mit unter 200 000 Franken an. (...) Beim Transportunternehmen Schöni möchte man genau wie bei Hugelshofer Fahrzeuge chinesischer Anbieter frühzeitig testen. «So verpassen wir nichts», sagt der Inhaber und Präsident des Verwaltungsrats der Firma. Mercedes und Volvo werden preislich nachziehen.
- [rebrand.ly/Brenner-Demo](#)
Video: Brenner wegen Demo gesperrt!
- [rebrand.ly/Cargo-Beamer](#)
So funktioniert das Cargo-Beamer-System. X-mal effizienter als das heutige Hupac-System.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



Zu wenig Lohn?

Zu viel Stress?

Sag uns, was sich im Coiffeurberuf ändern muss.
Jetzt Umfrage ausfüllen

Deine Stimme zählt!



Philippinisch-schweizerischer Spielfilm «Enjoy your stay» Wie Sans-papiers die Walliser Luxus-Chalets putzen

Der Spielfilm «Enjoy your stay» zeigt die Arbeitswelt von philippinischen Sans-papiers in einem Walliser Skiort. work hat die Co-Drehbuchautorin Mary Honeylyn Joy Alipio zur Schweizer Premiere am Zurich Film Festival getroffen.

IWAN SCHAUWECKER

Bei ihrer Ankunft in der Schweiz muss Mae ihren philippinischen Pass der Arbeitsmittlerin abgeben. «Zeig ihr, wie man Chalets putzt», sagt die Chefin zu ihrer zukünftigen Arbeitskollegin Luz.

Ihre Notlage treibt sie dazu, ihre moralischen Grenzen zu überwinden.

Mae erhält eine dicke Daunenjacke für ihren neuen Arbeitsort in Verbier in den Walliser Bergen. Arbeitsmittlerin und Arbeitgeber übergeben Geldnoten in Couverts, die Deals werden routiniert und schwarz abgewickelt. Für Mae ist das alles neu. Der Walliser Chef des Reinigungsunternehmens gibt der «Filipino-Crew» den Tarif durch: immer pünktlich sein und wenn möglich den Hintereingang der Luxus-Chalets benutzen. Die Arbeit soll möglichst schnell und unbemerkt erledigt werden. Vom vereinbarten Lohn wird ein Drittel für Kost und Logis abgezogen.

UNGLEICHE PARALLELWELTEN

Der neue Spielfilm des Walliser Regisseurs Dominik Locher (44) zeigt die Reinigungsfrauen, wie sie die Ferienhäuser nach dekadenten Partys wieder auf Vordermann bringen. Dass in dieser Parallelwelt nicht alles nach Plan verläuft, ist absehbar. Es gibt versteckte Kinder, Arbeitsunfälle und sexuellen Missbrauch. Damit der Reinigungsladen trotzdem weiterläuft, braucht es Frauen wie Luz, die den Überblick behalten und Verantwortung übernehmen. Luz, gespielt von der philippinischen Starschauspielerin Mercedes Cabral, ist die 35-jährige Hauptfigur des Films. Um das Sorgerecht für ihre Tochter in Manila nicht zu verlieren und ihre Schulden abzahlen zu können, muss sie deutlich mehr Geld auftreiben, als sie als Putzkraft verdienen kann, auch wenn sie immer wieder Zusatz-



Dominik Locher.

FOTO: ISC



UNSICHTBARE PUTZKRÄFTE IM SCHWEIZER NOBEL-SKIORT: Die Schauspielerinnen Anna Luna (l.) und Mercedes Cabral im neuen Film «Enjoy your stay». FOTO: ZVG

schichten übernimmt. Ihre Notlage treibt sie dazu, ihre eigenen moralischen Grenzen zu überschreiten und selber in den Frauenhandel einzuweisen.

MEHRJÄHRIGE RECHERCHE FÜR DEN FILM

«Enjoy your stay» besticht durch präzise Beobachtungen jenseits von Klischees. Getragen wird der Film durch das Schauspiel und Frauenfiguren, die trotz fehlendem Geld und Papieren ein selbstbestimmtes Leben führen wollen. Dem Film vorausgegangen ist eine ausführliche Recherchearbeit auf den Philippinen und in der Schweiz. Locher hat das Drehbuch und den Film gemeinsam mit der philippinischen Drehbuchautorin Mary Honeylyn Joy Alipio (44) entwickelt. Alipio sagt: «Für den Film sprachen wir in der Schweiz mit Sans-papiers aus verschiedenen Ländern, aber auch mit der Polizei, Chaletbesitzern und Touristinnen. Erst nachdem wir ihre Geschichten gesammelt hatten, begannen wir mit dem Schreiben.» Das erste Interview führten sie dabei mit der Unia in Martigny. Besonders viele Missbrauchsfälle von philippinischen Arbeitskräften gibt es aber nicht



Mary Honeylyn Joy Alipio.

FOTO: ISC

im Wallis, sondern in Genf. Alipio sagt, dass von mehreren Tausend Filipinas in der Schweiz etwa die Hälfte schwarz angestellt seien, häufig auch als Botschaftspersonal.

KIND EINER HAUSANGESTELLTEN

Als Alipio ein Kind war, arbeitete auch ihre eigene Mutter während zweier Jahre als Hausangestellte in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Etwa jede zehnte Person auf den Philippinen verlässt das Land für Arbeit im Ausland. Alipio sagt: «Es gibt viele Ausbildungen, welche die Menschen für die Jobs im Ausland in der Reinigung oder Pflege vorbereiten, aber keine Ausbildung für die Rückkehr in die Philippinen.» Für die Drehbuchentwicklung haben sich Alipio und Locher an der Filmschule «Found Story» des philippinischen Filmemachers Bing Lao orientiert. Dabei geht es darum, die realen Erfahrungen der Menschen als Basis für Geschichte und Charakter des Films zu verwenden. Alipio plant bereits einen nächsten Film mit Locher. Ihr nächste Geschichte führt sie in eine philippinische Goldmine und zu Schweizer Goldraffinerien mit einem Manager, der für die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte in der Lieferkette sorgen soll.

Enjoy your stay läuft ab dem 26. November in den Deutschschweizer Kinos.

work1x1 der wirtschaft

David Gallusser

DIE PREISE STEIGEN, KAUFKRAFT STEHT UNTER DRUCK

Das Leben wird teurer. So lagen die Preise im September im Durchschnitt ein Prozent höher als im Vorjahr. Haupttreiber der Teuerung sind die Energiepreise. Sie sind für 0,6 Prozentpunkte des Preisanstiegs verantwortlich (siehe Grafik). Der Konflikt zwischen den USA und Iran hat die Preise für Rohöl in die Höhe schnellen lassen. Nach wie vor verlässt wegen der Blockade in der Strasse von Hormus, aber auch wegen Angriffen auf die Förderinfrastruktur weniger Öl die Golfregion als vor dem Krieg. Aktuelle Prognosen rechnen nicht vor Anfang nächsten Jahres mit einem niedrigeren Erdölpreis. Die höheren Energiepreise schmälern die Kaufkraft bereits jetzt erheblich. Besonders stark betroffen sind Arbeitnehmende mit Dieselloren. Sie zahlen 25 Franken mehr pro Tankfüllung als Anfang Jahr.

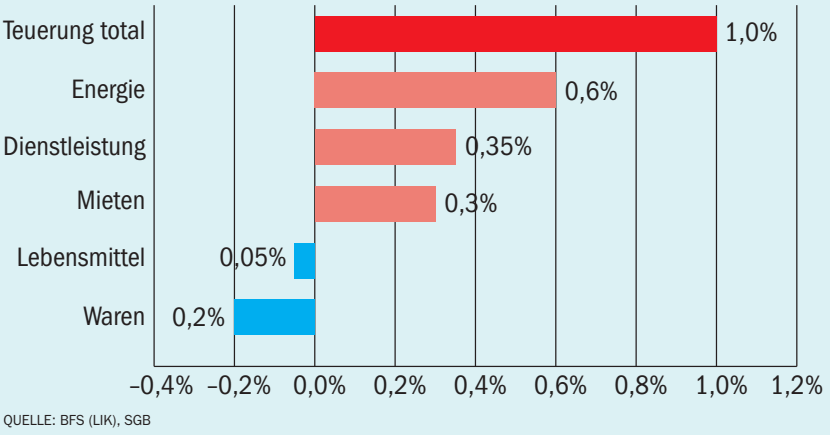
NICHT NUR ERDÖL Die Teuerung wird aber nicht nur vom Erdöl getrieben. Wie die Grafik zeigt, steigen auch die

Mieten und die Preise für Dienstleistungen (u. a. Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Gastgewerbe oder Coiffeure). Immerhin sind Lebensmittel und viele andere Waren (u. a. Kleidung, Möbel) günstiger geworden. Eine stärkere Teuerung ist uns dadurch vorerst erspart geblieben. Dabei wird es aber nicht bleiben. Die Preise werden weiter anziehen. Die Erdölpreise verursachen bei den Unternehmen Kosten, die sie nach und nach an die Kundinnen und Kunden weitergeben. Bis Anfang 2027 könnte die Teuerung deshalb auf 1,4 Prozent ansteigen. Damit aber nicht genug: Ab 2027 werden auch die höheren Krankenkassenprämien fällig. Im Durchschnitt steigen sie für Erwachsene um 274 Franken. Ein durchschnittlicher Haushalt hat damit erneut 0,3 Prozent weniger zum Leben.

TEUERUNG AUSGLEICHEN. Um die Kaufkraft zu erhalten, müssen die Löhne der Arbeitnehmenden im gleichen Ausmass wie die Preise steigen.

Energiepreise treiben die Teuerung

Teuerung im September (Vorjahresveränderung des LIK) sowie Beitrag einzelner Gütergruppen zur Teuerung



Heute ist es ein Prozent mehr Lohn im Vergleich zum Vorjahr. Steigen die Löhne weniger, können sich die Arbeitnehmenden mit ihrem Lohn weniger leisten. Die Arbeitgeber senken dann die Löhne. Die Arbeitgeber dürfen den Teuerungsausgleich deshalb nicht länger in Frage stellen. Er muss für alle

Beschäftigten gelten. Es braucht aber auch darüber hinaus mehr Lohn, damit die Kaufkraft trotz Preisanstieg und Prämien Schub endlich wieder steigt.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Gratis-Handbuch So geht der Pflege-Streik

Der Montag, 14. Juni 2027, kann jetzt schon dick in der Agenda markiert werden – im Idealfall mit dickem lila Marker. Dann wird nämlich gestreikt. Der nächste feministische Streik steht schon in der Planung, der Fokus liegt auf der Pflege. Trotz klarem Volksentscheid wird die Pflegeinitiative seit Jahren nicht konsequent umgesetzt. Die Krise im Gesundheitswesen spitzt sich immer weiter zu, das Pflegepersonal ist wütend. Doch wie streikt man in dieser Branche eigentlich? Die Unia erklärt's. Mit dem neuen Handbuch lernen Pflegenden, wie sie ihre Arbeit gewissenhaft niederlegen können.

Das Onlinehandbuch zum Care-Streik ist unter folgendem Link kostenlos bestellbar: rebrand.ly/Handbuch-CareStreik.

Bünzlimarke «On» «Swissness» und Tieflohn

«On» ist die Schuhmarke für Schweizer Krawattenträger, die am Businessmeeting mal «was wagen» wollen. Dabei lässt die Zürcher Marke mit den stolzen Preisen seit Jahren Schweizerkreuze auf ihre Schuhe nähen – in Asien. Seit diesem Frühling darf sie das sogar offiziell, da nach ihren Klagedro-



FOTO: ZVG

hungen das Swissness-Gesetz aufgeweicht worden war. Doch damit soll wieder Schluss sein. Der Ständerat hat der Motion «Schweizerkreuz nur für in der Schweiz fabrizierte Produkte» zugestimmt. Was allerdings weder bei On-Kunden noch bei Parlamentarierinnen für Furore sorgt, sind die Arbeitsbedingungen in den Fabriken. Dabei deckte die NGO Public Eye in einer brisanten Reportage grotte Arbeitsbedingungen und miserable Löhne bei einem indonesischen On-Sublieferanten auf. Sämtliche Gewerkschaftsmitglieder wurden entlassen, kämpften jedoch erfolgreich für ihre Wiedereinstellung.

Die ganze Public-Eye-Recherche «Teure Schuhe, billige Arbeitskräfte – und eine mutige Gewerkschaft» gibt's hier: stories.publiceye.ch/on-indonesien.

Ausstellung Babys und Geopolitik

Die Geburtsrate ist in der Schweiz auf dem Tiefstand. Aktuell werden pro Frau nur noch 1,29 Kinder geboren. Der Grund: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steckt noch in den Kinderschuhen. Mütter verdienen im Schnitt 21 Prozent weniger als Väter. Eine neue Ausstellung im Berner Kornhausforum thematisiert passend dazu die reproduktiven Rechte – bedeutet das Recht, frei über Körper, Sexualität und Kinderwunsch zu entscheiden. Dabei geht es um diverse Themen – von der spanischen Eizellenspenderin über die russische Leihmutter bis zum Adoptionsverfahren aus Sri Lanka.

Die Ausstellung **Atlas der Reproduktion** ist bis am 25. Oktober im Kornhausforum am Kornhausplatz 18 in Bern zu sehen.

Arbeitslosengeld: Weniger Geld nach den Ferien?

Ich beziehe seit Juli 2025 Arbeitslosen-entschädigung. Seit Februar 2026 arbeite ich im Stundenlohn ohne fixe Stunden. Der Lohn wird mir monatlich als Zwischenverdienst abgezogen. Im August 2026 war ich zwei Wochen in den Ferien und habe daher viel weniger Stunden und Lohn als üblich. Doch die Arbeitslosenkasse zieht mir trotzdem viel mehr ab. Darf sie das?

NATASIA MIRKOVIC: Ja. Im Stundenlohn setzt sich Ihr Verdienst grundsätzlich aus einem Grundlohn und einer Ferien- und Feiertagsentschädigung zusammen – andere Zuschläge sind auch möglich. Oft werden Ferien und Feiertage anteilmässig pro Monat vergütet und nicht erst ausbezahlt, wenn eines der Ereignisse eintrifft. Im Zwischenverdienst wird die Ferienentschädigung bei Stundenlöhnern ohne fixe Stunden erst zum Zeitpunkt eines Ferienbezuges berücksichtigt. Das



FERIENENTSCHÄDIGUNG: So funktioniert die Berechnung. FOTO: ADOBE STOCK

bedeutet, der Ihnen monatlich angerechnete Zwischenverdienst fällt um den Anteil der Ferienentschädigung tiefer aus als Ihr effektives Einkommen. Die Ferienentschädigung wird zurückbehalten bzw. gesammelt bis zu einem Ferienbezug. Wenn Ferien bezogen werden, wird für diese Zeit die zurückbehaltene Ferienentschädigung aufgerechnet. Entsprechend fällt in einem solchen Monat der anrechenbare Zwischenverdienst höher aus als der effektiv erzielte Verdienst beim Arbeitgeber.

Auszahlung: Habe ich zu viel erhalten?

Während meiner Arbeitslosigkeit hatte ich zwei Arbeitsverhältnisse im Stundenlohn ohne fixe Stunden. Zwischen den Arbeitsverhältnissen lagen mehrere Monate, in denen ich voll arbeitslos war. Beide Arbeitsverhältnisse wurden als Zwischenverdienst berücksichtigt. Das zweite habe ich bereits nach zwei Monaten gekündigt, weil ich eine Festanstellung gefunden habe. Im letzten Monat hatte ich noch drei Wochen Ferien bezogen. Ich glaube, die Arbeitslosenkasse hat viel zu viel Ferienentschädigung angerechnet. Kann das sein?

NATASIA MIRKOVIC: Ja. Der Anteil der Ferienentschädigung wird bei der Anrechnung von Zwischenverdiensten im Stundenlohn ohne fixe Stunden erst mal vom Verdienst in Abzug gebracht und bei einem Ferienbezug aufgerechnet. Sie erwähnen, während des Leistungsbezugs bei der Arbeitslosenversicherung zwei verschiedene Arbeitsverhältnisse im Stundenlohn gehabt zu haben. Innerhalb einer laufenden Rahmenfrist werden alle in Zwischenverdiensten erarbeiteten Ferienentschädigungen angerechnet. Auch wenn zwischen den Arbeitsverhältnissen eine Lücke bestand, wird die erarbeitete und noch nicht bezogene Ferienentschädigung aus dem ersten Arbeitsverhältnis bei einem Ferienbezug im zweiten Arbeitsverhältnis mit berücksichtigt. Somit wurde bei den drei Wochen Ferien auch Ferienentschädigung berücksichtigt, die aus Ihrem vorherigen Arbeitsverhältnis stammt. Relevant ist lediglich, dass Sie zum Zeitpunkt des Ferienbezuges in einem Arbeitsverhältnis standen. Auch wenn Sie die Anstellung im Stundenlohn bereits gekündigt hatten, fand der Ferienbezug noch während der Kündigungsfrist und somit noch im Arbeitsverhältnis statt.

Von Frauengesundheit über Búezer-Rechte bis zu Weinflecken: work zeigt,

Wissen, Tipps und Service für

Finanz-Know-how, Arbeitsleben oder Gesundheit: work stellt Schweizer Podcasts vor, die Fachwissen in Gesprächsform verpacken – unterhaltsam und leichtverständlich.

MARIA KÜNZLI

ARBEITSWELT UND GESELLSCHAFT. Wie muss die Gleichstellung von der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber sichergestellt werden? Wann ist eine fristlose Entlassung rechtlich zulässig? Um solche arbeitsrechtlichen Fragen dreht sich der Podcast **«Arbeitsrecht Inside»** mit Professor Roger Rudolph von der Universität Zürich. Rudolph ordnet aktuelle Themen juristisch ein – sachlich, klar und verständlich.
rebrand.ly/arbeitsrecht-inside

Im Podcast **«Der Fall»**, der von der gleichnamigen Rubrik im Magazin **«Beobachter»** inspiriert ist, sprechen Jasmine Helbling und Eric Facon mit Autorinnen und Autoren der **«Beobachter»**-Redaktion über Betrugsmaschinen, Nachbarschaftstreitigkeiten und Gerichtsfälle. Die in den Artikeln beschriebenen Fälle werden mit weiteren Stimmen und Hintergrundinfos ergänzt und von einer Rechtsberaterin eingeordnet. Übrigens: **«Radar»**, ein weiterer Podcast des **«Beobachters»**, wurde zwar eingestellt, doch Interessierte können weiterhin auf das umfangreiche Archiv zugreifen und Folgen zu den Themen Mietrecht, Konsumentenschutz oder Gesundheitskosten nachhören.
rebrand.ly/der-fall
rebrand.ly/beobachter-radar

KONSUM UND GELD. Der beste Butterzopf oder die beste Reiswaffel, Betrugsmaschinen mit falschen Rechnungen, Behördenbürokratie, dubiose Medikamentenrezepte per Mausclick: **«Espresso»** von Radio SRF1 – die flinke kleine Schwester der TV-Sendung **«Kassensturz»** – deckt eine breite Palette an Alltagsthemen, Bedürfnissen und Sorgen ab, in angenehm



WORKTIPP

Ein Club für Podcasts

Sie suchen einen Schweizer Podcast zu einem bestimmten Thema? Vielleicht werden Sie unter **podcastclub.ch** fündig: Der Verein zur Förderung der Schweizer Podcast-Szene führt ein wachsendes Verzeichnis der Podcasts seiner Mitglieder. Aufgelistet werden allerdings nicht alle Podcasts, sondern nur jene, die eingereicht wurden. (mk)

kurzer und kompakter Form.
rebrand.ly/srf-espresso

«Money Matters» ist der erste Schweizer Finanzpodcast für Frauen. Sparen, vorsorgen, investieren... wer um solche Themen bisher einen grossen Bogen gemacht hat, bekommt hier praktische und leichtverständliche Infos von Frauen für Frauen. Host ist Angela Mygind, die auch den Blog **«Miss Finance»** betreibt. Ihr erklärtes Ziel: Female Empowerment und finanzielle Unabhängigkeit für Frauen. Dabei referiert sie nicht von oben herab, sondern berichtet von ihren eigenen Erfahrungen und gibt konkrete Tipps. Sie spricht über Altersarmut von Frauen, über Teilzeitarbeit, KI-Hacks und vieles mehr.
rebrand.ly/money-matters

gigkeit für Frauen. Dabei referiert sie nicht von oben herab, sondern berichtet von ihren eigenen Erfahrungen und gibt konkrete Tipps. Sie spricht über Altersarmut von Frauen, über Teilzeitarbeit, KI-Hacks und vieles mehr.
rebrand.ly/money-matters

GESUNDHEIT. Wer sich auf unterhaltsame Weise mit dem Thema Frauengesundheit beschäftigen möchte, ist mit dem Podcast **«Villa Margarita»** gut bedient: In periodisch erscheinenden Episoden mit klingenden Namen wie **«Lithium-Lisa»**, **«Laurenzia Reagenzia»** oder **«Die heisse Hertta»** klären die Frauenärztin Anja Wüest, die Pharmazeutin Priska Christen und die Apothekerin Jeannine Kohl über Trends, Vorurteile und Mythen auf – mit viel Humor, Selbstironie und geballter Ladung Fachwissen.
villamargarita.swiss/

Ein Blick hinter die Kulissen der Schweizer Gesundheitsbranche liefert SRF-Radiomoderator und

was Schweizer Podcasts zu bieten haben

die Ohren

PODCAST VON WORK

NAH AN DER BÚEZERIN

Mehr Lohn oder mehr Ferien? Früh mit der Arbeit beginnen oder am Abend spät aufhören? Mit einem solchen «Warm up» beginnt jeweils **«Working Class»** – die Stimme der Búez –, der Redaktions-Podcast der workzeitung. Redaktor Parzival Meister und Chefredaktorin Anne-Sophie Zbinden haben jeweils abwechselnd eine Gesprächspartnerin oder einen Gesprächspartner zu Gast: Zu Wort kommen sowohl Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus verschiedenen Branchen – zum Beispiel eine Servicefachfrau, eine Verkäuferin und Unia-Aktivistin aus dem Detailhandel oder ein Barbier, der als Geflüchteter in die Schweiz kam und mehrere Berufe erlernt hat.

AKTUELL. Der Podcast, von dem einmal im Monat eine neue Folge erscheint, verbindet somit gewerkschaftliche Einordnung mit persönlichen Erfahrungsberichten aus dem Berufsalltag. Dabei geht es unterhaltsam und kurzweilig um aktuelle politische Themen wie zum Beispiel anstehende Abstimmungen, um Lohnfragen, Probleme in der Arbeitswelt, eben alles, was unter unser aller Nägeln brennt.
rebrand.ly/working-class

Pflegefachmann Patrick Hässig im Podcast **«Einsatz Gesundheit»**. Er lässt Fachleute und Pflegekräfte zu Wort kommen, zum Beispiel eine Radiologiefachfrau, eine Forensic Nurse, eine Fachfrau Operationstechnik, und gibt damit einen Einblick in die breite Palette an Berufen der Pflegebranche.
rebrand.ly/einsatz-gesundheit

HAUSHALT. Wie bekomme ich Weinflecken aus einer weissen Bluse? Was hilft wirklich gegen Fruchtfliegen, wie bringe ich einen verstopften Abfluss wieder zum Laufen, und wie kann ich einen Kratzer im Parkett oder in der Tischplatte reparieren? **«Trick 77»** von Radio SRF1 geht genau solchen Fragen nach, mit Hilfe von Expertinnen und Experten. Bei frischen Rotflecken etwa sollen Salz und kaltes Wasser helfen.
rebrand.ly/trick-77

Die vorgestellten Podcasts finden Sie auch auf den gängigen Podcast-Plattformen.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



GÜNSTIGE ALTERNATIVE: Software-Lizenzen können Sie aus zweiter Hand kaufen. FOTO: ADOBE STOCK

Second-Hand-Software: Funktioniert das wirklich?

Es klingt zu schön, um wahr zu sein: In Onlineshops findet man Software wie Microsoft Office für 5 Franken und weniger. Der Neupreis liegt bei 160 Franken. Das Betriebssystem Windows 11 gibt es auf Ricardo für 13 Franken. Bei Microsoft kostet es 280 Franken. Bei solchen Rabatten ist Skepsis angebracht: Erhalten Kunden überhaupt etwas? Und funktionieren die Programme?

LEGAL. Wir machten eine Stichprobe. Nach dem Kauf erhielten wir nicht das Programm, sondern per E-Mail einen Lizenzschlüssel: eine lange Zeichenfolge, die man ins Programm hineinkopiert. Die Lizenzen stammen meist von Firmen, die diese en gros eingekauft haben, aber nicht mehr benötigen. Der Weiterverkauf ist legal.

ERFOLGREICH. Das Programm selbst laden Sie separat herunter. Das ist kostenlos. Danach geben Sie den Lizenzschlüssel ein und verwenden die Software. Bei keyportal.ch kauften wir das Antivirus-Programm Bitdefender für einmalig 39 Franken statt für 99.90 pro Jahr im Abonnement beim Hersteller. Ebenfalls erfolgreich war der Kauf bei einem Händler auf ricardo.ch. wir erwarben für 5.50 Franken eine Firmenversion von Microsoft Office.

FEHLKAUF. Nicht erfolgreich war der Kauf einer Lizenz auf der Seite gamers-outlet.net. Die Office-Lizenz kostete 4.79 Franken, funktionierte aber nicht. Der Händler erstattete den Betrag erst nach zwei Monaten und mehrmaligem Nachfragen zurück.

FAZIT. Der Kauf von Billiglizenzen kann sich lohnen. Funktionieren sie nicht, verlieren Sie nicht viel Geld. Aufpassen müssen Sie bei Links, die Sie per Mail erhalten. Bei unseriosen Händlern können sich Phishingseiten dahinter verbergen. MARC MAIR-NOACK

Der Kauf von Billiglizenzen kann sich lohnen.

Sind Gebühren rechtmässig? Ab Gemahnt worden?

Wird eine Rechnung nicht fristgerecht bezahlt, folgt eine Mahnung. work sagt Ihnen, wann die Gebühr bezahlt werden muss – und wann nicht.

MARIA KÜNZLI

Der Briefumschlag ist schnell aufgerissen, das flaue Gefühl, das der Inhalt auslöst, hält sich noch eine Weile: Schon wieder eine Mahnung! Dass eine Rechnung vergessen geht oder aufgeschoben wird, weil das Geld gerade knapp ist, kennen die meisten. Das sollten Sie zum Thema wissen:

KEINE MAHNPFlicht. Zahlungserinnerung oder erste Mahnung, zweite Mahnung, letzte Mahnung mit Betreibungsanordnung: In den allermeisten

Fällen wird in diesen Stufen gemahnt, bevor die Betreibung eingeleitet wird. Laut Gesetz ist das aber keine Pflicht. Theoretisch dürfen Gläubiger bereits an Tag eins nach Ablauf der Zahlungsfrist die Betreibung einleiten. In den allermeisten Fällen verzichten Unternehmen aber darauf.

ZAHLUNGSFRIST. Wie lange die Zahlungsfrist einer Rechnung sein muss, ist gesetzlich ebenfalls nicht geregelt. Im Obligationenrecht ist nur festgehalten, dass eine Forderung ohne vereinbarte Frist sofort fällig ist. In der Schweiz haben sich 10, 14 und 30 Tage als übliche Fristen etabliert.

MAHNgebühren. Sie können ganz schön ins Geld gehen:

wann darf betrieben werden? Das ABC des Mahnwesens: Das müssen Sie wissen!

Mahngebühren. Diese sind aber nur zulässig, wenn sie im Vertrag oder in den AGB geregelt und beziffert sind. Es reicht also nicht, wenn vermerkt ist:

Zahlungsfristen sind durch das Gesetz nicht geregelt.

«Es werden Mahngebühren erhoben.» Werden Mahngebühren in den AGB zu ungenau erwähnt, bezahlen Sie nur den geschuldeten Betrag und informieren das Unternehmen darüber, dass Sie die Mahngebühren nicht bezahlen werden.

VERZUGSZINSEN. Neben Mahngebühren fallen auch Verzugszinsen an. Diese sind im Obligationenrecht geregelt und wer-

den fällig, sobald die Zahlungsfrist abgelaufen ist. Verzugszinsen bis zu fünf Prozent müssen in jedem Fall bezahlt werden. Sind die Verzugszinsen aber höher als fünf Prozent, müssen Sie sie nur bezahlen, wenn sie im Verkaufsvertrag oder in den AGB vermerkt sind.

INKASSOUNTERNEHMEN. Oft beauftragen Unternehmen private Inkassounternehmen, die den geschuldeten Betrag bei der Kundschaft eintreiben sollen. Dabei gehen nicht alle gleich seriös vor. Manchmal wird versucht, die Kosten für das Inkassobüro auf die Kundin abzuwälzen, indem neben Mahnspesen weitere Gebühren in Rechnung gestellt werden, etwa **«Bearbeitungsgebühren»**. Solche Gebühren müssen Sie nicht bezahlen.

Bekommen Sie eine solche Rechnung, schreiben Sie dem Inkassobüro und dem Unternehmen, dass dies nicht rechtens sei und Sie nicht bezahlen.

ZAHLUNGSBEFEHL. Wird aus einer Mahnung ein offizieller Zahlungsbefehl des Betreibungsamtes, müssen Sie schnell handeln, wenn die Forderung nicht gerechtfertigt ist. Dann können Sie innerhalb von 10 Tagen Rechtsvorschlag erheben – mündlich oder schriftlich beim Betreibungsamt. Eine Begründung brauchen Sie nicht. Dann wird das Verfahren erstmal gestoppt, und der Gläubiger muss belegen, dass seine Forderung zu Recht besteht. Achtung: Einen Zahlungsbefehl kann nur das Betreibungsamt ausstellen.

INKASSOBÜROS SCHRIFTLICH IST BESSER

Wenn ein Inkassounternehmen Ihnen Mahnungen schickt und Sie Ratenzahlungen vereinbaren möchten, tun Sie das immer schriftlich und nicht mündlich. Telefonische Abmachungen können Sie später nicht belegen. Vorsicht bei vorformulierten Ratenzahlungsvereinbarungen: Oft verstecken sich hier zusätzliche Kosten, die nicht in Rechnung gestellt werden dürfen. Lassen Sie den Vorschlag von der Schuldenberatung prüfen. Sie steht Ihnen mit Rat und Tag zur Seite: **schulden.ch**. (mk)

Kündigungsfristen Wer regelt das?

Wie lange eine Kündigungsfrist ist, hängt von der Dauer des Arbeitsverhältnisses ab. Aber nicht nur.

Sie haben einen neuen Job gefunden und möchten bei der bisherigen Stelle kündigen. Doch welche Kündigungsfrist gilt? Grundsätzlich sind im Obligationenrecht gesetzliche Standardfristen festgelegt: 7 Kalandertage in der Probezeit, 1 Monat im ersten Dienstjahr, 2 Monate ab dem 2. bis zum 9. Dienstjahr und 3 Monate ab dem 10. Dienstjahr. Ausserhalb der Probezeit endet das Arbeitsverhältnis in der Regel jeweils auf ein Monatsende. Die Kündigung muss also spätestens am letzten Tag

des Monats eintreffen, damit die Frist ab dem Folgemonat läuft.

VERTRAG CHECKEN. Diese Fristen können durch den Arbeitsvertrag geändert werden, müssen aber für beide Seiten gleich lang sein. Unter einen Monat dürfen sie nur per GAV und nur im ersten Dienstjahr gesenkt werden. Wenn Sie die Kündigung per Post schicken, planen Sie genug Zeit ein: Denn ausschlaggebend ist das Datum, an dem die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber die Kündigung erhalten hat, respektive am Schalter erstmals abholen kann. Umgekehrt gilt das natürlich auch, sollte Ihnen gekündigt werden. (mk)



**K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.**

LÖSUNG, GEWINNERIN UND GEWINNER AUS NR.11
Das Lösungswort lautete: NEBENJOB



DIE PREISE, 3 Mal einen Coop-Gutschein à Fr. 50.-, haben gewonnen: Peter Kauz, Seedorf BE; Albert Koller, Frauenfeld TG; Verena Keller, Trasadingen SH. Herzlichen Glückwunsch!

ital. Tonbez. für das E			nicht dahinter	griech. Küstenland-schaft	angren-zend, be-nachbart		Götter d. nord. Mytho-logie	Frage-wort	Film von Spiel-berg (1982)	seitlich von		... und her		Trauben ernten	schweiz. Filmre-gisseurin (Bettina)	Tonge-schlecht	sächl. Fürwort
→				↘			nicht viele, nur einige	→ 8	↘	↘				feierl. Gedicht	↘	↘	↘
Zivilisa-tions-krank-heit	Städt-chen am Bieler-see		Halb-edelstein		be-werten (Schule)	→						frz.: Gen-fensee: Le ...		öffentl. Ver-kehrsmittel	→		
Auf-zeich-nungen	↘		↘				Barbier im MA		Ruhe-gehalt		Sternbild	→					kleiner Ein-schnitt, Scharte
→				7	Anmel-dung in e. Netz-werk		be-dauern	→	↘	↘				britann. Sagen-könig		Raub-katze	
Bank-begriff Mz.		Selbst-laut		Diener, Butler Mz.	→						dazu, oben-drein		Jetzt Löhne rauf für ...!	→			
mythol. Ort in d. Artus-sage	→		↘				Gesell-schafts-zimmer		Krank-heits-wende-punkt		ausge-storb. Riesen-echse	→					
→			11	Jagd-revier		Ab-teilung	→						Stelz-voegel	↘	Binde-wort	→	
Ge-sangs-paare	Swim-ming-pool		Saiten-instru-ment	↘	10					Fakul-tätsvor-steher Mz.		flüssige Speise	→		6		
Film-titel: «Frauen am ...»	↘					beweg-lich		Los ohne Gewinn		Pfeil-wurf-spiel	→				Tal-kessel		Drachen-töter (Heiliger)
→			1	Protest-marsch (Kw.)		«Zeit der ...»	→					ital. Stadt mit schiefem Turm		schweiz. Radio- u. Fernseh-ges.	→		
Gebirgs-senke, Bergein-schnitt		Abfall-lager-platz	→						langer Feder-schal		ver-klemmt	→	↘				
schmale Brücke	→				vertraute Anrede			kurz für: an dem		alte Pro-gram-mier-sprache	→			internat. Presse-agentur		dt. Vorsilbe	
Kurzmit-teilung (Kw.)		Konflikt-vermitt-lung	→				↘					Rapper aus der Bronx †; Tupac ...	→				
→				Laub-baum	→				Berg im Kt. GR: Piz ...	→				lautma-lerischer Ausruf	→		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------	-----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 22. Oktober 2026**



Bestelle jetzt das Online-Handbuch und bereite dich mit uns vor für den Care-Streik 2027!





WORKLESERFOTO

Der Wald blüht scharlachrot

WANN 19. September 2026
WO Axalp, Balzisschwand BE
WAS Fliegenpilze am Wanderweg
Eingesandt von Pascal Huber, Bern

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 11 / 17.9.2026: «JEMAND MUSS HINSCHAUEN»
Menschlichkeit

Solche Situationen sind einfach furchtbar. Ich weiss nicht, warum wir Menschen einfach nicht menschlich miteinander umgehen können. Ich habe manchmal das Gefühl, dass alles Gute ein Kampf ist, und es sollte doch eigentlich selbstverständlich sein. Ich bewundere alle Menschen, welche für das Gute kämpfen im Leben und die Hoffnung nicht aufgeben. Applaus und Kraft für diese Helfer!

TANJA 2255, VIA INSTAGRAM

Vielen Dank

Vielen Dank für diese ausführliche Beschreibung der Situation in unserem Mittelmeer, wo sich an den Stränden Tausende in der Sonne räkelnd und sich nicht dafür interessieren. Es braucht immer eine humane Erstrettung, und danach kann evaluiert werden, was für die Zukunft der geeignetste Weg sein könnte.

REINE MADELEINE, VIA INSTAGRAM

Andere Lösung

Ich verstehe, dass die Situation sehr schwierig ist und dass es wichtig ist, Menschen in Not zu helfen. Gleichzeitig denke ich nicht, dass es eine nachhaltige Lösung ist, alle Betroffenen nach Europa zu bringen. Zwischen verschiedenen Gesellschaften und Kulturen gibt es teilweise deutliche Unterschiede, und Integration kann herausfordernd sein. Meiner Meinung nach sollte man deshalb auch stärker darauf setzen, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern – zum Beispiel durch den Aufbau von Infrastruktur, Zugang zu sauberem Wasser, Arbeitsmöglichkeiten und wirtschaftliche Perspektiven.

TRIVCHCRO, VIA INSTAGRAM

WORK 11 / 17.9.2026: RECHTE POLITIK LÖST KEINE KRISEN

Das ist Demokratie

Regula Rytz sagt: «Rechte Politik löst keine Krisen.» Mag sein, aber auch Linke und Grüne sind offen-

sichtlich nicht imstande, die Probleme zu lösen. Noch schlimmer, sie haben Deutschland in die jetzige Misere geführt und jetzt keine Rezepte für die Zukunft. Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt suchte demokratisch in Wahlen neue Wege aus dem Chaos und schien dabei die AfD als Heilsbringer zu sehen. Ich bin auch skeptisch, aber das ist eben gelebte Demokratie.

TONI STADELMANN, ZÜRICH

WORK 11 / 17.9.2026: «SCHLUSS MIT GRATISARBEIT, STAMPFLI!»

Kaputter Markt

Ich arbeite selbst in der Reinigungsbranche in einer Führungsposition und spreche Klartext. Der Markt ist kaputt und wird durch die Arbeitenden selbst weiter zerstört durch Schwarzarbeit. Kontrollen gibt es keine.

1. Sämtliche Vorschriften und Gesetze werden fast ausschliesslich zugunsten der Arbeitgeber erstellt. So auch die Zeitvorgaben.
2. Die Mitarbeiter werden dadurch systematisch ausgebeutet.
3. Fast jeder der Mitarbeiter arbeitet selbstständig auf dem Schwarzmarkt oder kennt jemanden, der es tut, und sagt nichts.

MICHELE PITICCHIO, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 11 / 17.9.2026: NESTLÉ STOPPT LOHNZAHLUNGEN NACH ERDBEBEN

Wir haben es in der Hand

Wir haben Nestlé in der Hand. Es gibt genügend andere Produkte zur Auswahl. Und nicht vergessen:

Diverse Marken wie Nescafé, Maggi, Leisi und so weiter gehören ebenfalls zu Nestlé. Eine entsprechende Liste findet man ganz einfach im Internet.

NATUKIAK, VIA INSTAGRAM

Die Reichen

Wann verstehen die Reichen endlich mal, dass sie nur reich sind, weil andere arm und von ihnen abhängig sind?

ZUVERSICHT1925, VIA INSTAGRAM

Die 99 Prozent

Wann verstehen die 99 Prozent der Menschen endlich mal, dass sie dem einen Prozent so richtig in den Hintern treten könnten und sollten? Diese endlose Ausbeutung von Mensch und Natur kann gestoppt werden.

NUMEJETZ, VIA INSTAGRAM

WORKZEITUNG.CH / 25.9.2026: «WAS ARMUT MIT MIR ZU TUN HAT»

Abzocke!

Und die Krankenkassen zocken uns 2027 erneut um 5 Prozent ab (eigentlich sind es mehr, da es auf die Teuerung des letzten Jahres gerechnet ist). Ich frage mich echt, wie man das alles noch zahlen soll.

NUMEJETZ, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion-leserbriefe.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



**MARTINA STUTZ
LESEN,
FRAUEN,
YOGA**

Wer seine Leidenschaft zum Beruf gemacht hat, braucht offenbar nicht mehr viele Hobbys. Zumindest muss Martina Stutz erst einmal überlegen. Und noch etwas länger überlegen. «Na ja, Yoga mache ich gern. Und ich lese viel. Ohne Buch gehe ich nicht aus dem Haus», sagt sie und lacht. Vieles, was andere Freizeit nennen, gehört bei ihr ohnehin zum Alltag: Musik, Konzerte, unterwegs sein, gemeinsam etwas auf die Beine stellen.

TÜREN ÖFFNEN. Auch ihr Engagement beim Verein Changeover ist eng mit der Eventbranche verbunden. Mit Workshops, Vernetzung und praktischer Unterstützung hilft der Verein Frauen, trans, intergeschlechtlichen, nonbinären und agender Personen beim Einstieg in die männerdominierte Branche. «Ich habe mir meinen Platz erkämpft. Heute möchte ich Türen für andere öffnen.»



An Konzerten ist Martina Stutz unsichtbar – und unabdingbar

Backstage mit Babybauch

Martina Stutz lebt für die Musik. Als Backlinerin begleitet sie Bands auf Tournee, schleppt Verstärker und sorgt für den reibungslosen Ablauf der Konzerte. Nun wird die 38jährige Mutter. Schwangerschaft und Rock 'n' Roll: Geht das?

SARAH FORRER | FOTOS STEFAN BOHRER

Das Baby von Martina Stutz hat diesen Sommer schon mehr Konzerte erlebt als mancher Musikfan. Es war an Festivals in St. Gallen, am Bodensee, auf dem Bundesplatz sowie im Hallenstadion. Immer mitendrin. Immer Backstage. Und immer gut geschützt in Martinas Bauch. «Meine Hebamme sagt, wer in der Schwangerschaft viel Action habe, werde vielleicht ein Baby haben, das nachher viel Unterhaltung brauche», sagt die 38jährige und lacht. Sie sitzt im Bistrot Walther in Basel, direkt am Rhein. Die Spätherbstsonne scheint auf ihren kugelrunden Bauch.

Martina Stutz ist eine der wenigen Backlinerinnen in der Schweiz. Sie sorgt dafür, dass an Konzerten rund um die Instrumente alles reibungslos läuft. Sie schleppt Gitarren und Verstärker auf die

Bühne, baut Drums auf, verkabelt und verklebt. Während des Konzerts steht sie direkt neben der Band. Für das Publikum unsichtbar. Für die Musikerinnen unabdingbar. Stutz: «Wir ziehen neue Gitarrensaiten auf, verfolgen den Konzertablauf, reichen auch mal ein Bier oder halten die Jacke beim Kleiderwechsel.»

Es ist ein wildes Leben. Rock 'n' Roll. Backstage. Lange Tage. Noch längere Nächte. Dazu harte körperliche Arbeit. Drei Tonnen Material von einer Bühne zur nächsten transportieren. Am Steuer des Kleinlasters sitzt Martina Stutz selbst. Und wenn der Applaus verebbt, das Publikum nach Hause geht, beginnt für sie der Abbau.

STOP-KNOPF ALS OPTION

Kein ideales Umfeld für Familien: «Ich arbeite seit 20 Jahren in der Eventbranche. In all den Jahren bin ich noch nie einer Schwangeren begegnet», sagt sie nachdenklich. Nicht mal das dreiwöchige Montreux Jazz Festival, eines der grössten und renommiertesten Festivals mit über 2000 Freiwilligen, ist auf Care-Arbeit sensibilisiert. Kinderbetreuung für Mitarbeitende?

Fehlanzeige! «Jedes Fitnesscenter, jedes Einkaufszentrum hat betreute Spielecken. An Festivals ist das kein Thema», sagt Stutz.

Wenig verwunderlich, dass ihr Kinderwunsch existentielle Fragen auslöste. Wird sie ihre Karriere aufgeben müssen? Ihre Leidenschaft, ihr Leben, ihr Netzwerk, das sie sich über Jahre aufgebaut hat? Obendrauf kommt finanzielle Unsicherheit. Sie ist selbständigerwerbend. Während der Schwangerschaft sieht das Gesetz bei Arbeitsausfall keine Ersatzzahlungen vor; die teure Krankentaggeldversicherung greift oft erst nach 60 Tagen. «Eine Schwangerschaft ist in der Schweiz für Angestellte mit Bürojobs vorgesehen. Oder noch besser: solche, die ohnehin zu Hause sind», moniert die gebürtige Nidwaldnerin.

Als sie den positiven Schwangerschaftstest in den Händen hielt, war für sie klar: Sie will aktiv bleiben. Ein Zeichen setzen. Ihren Bauch stolz auch an den Festivals zeigen – immer mit der Option des Stop-Knopfes, sollten sie und ihr Baby sich während eines Einsatzes nicht mehr wohl fühlen. Sie kommunizierte früh und aktiv mit ihren Auftraggeberinnen. Sie hörte auf ihren Körper. Schleppte nicht mehr jede Kiste selbst. Setzte sich öfter hin. Und stand im engen Austausch mit ihrer Hebamme, die ihr einige Ängste nahm. Beispielsweise wegen der Lärmbelastung an Konzerten: «Im Bauch ist es sowieso immer laut», sagt die gebürtige Nidwaldnerin.

BANDS ENZTAUBERN SICH

Die Bands und Veranstalter unterstützten sie. Und vertrauten ihr. Auch deswegen, weil Stutz in der Branche fest verankert ist. Bereits mit 14 Jahren organisierte sie in Nidwalden, wo sie aufwuchs, erste Konzerte und half an allen möglichen

Kulturveranstaltungen mit. «Für mich war früh klar: Die Musik ist meine Welt. Mein Kosmos.»

Später zog sie nach Basel, um Jazzgitarre zu studieren. Nebenbei arbeitete sie als Stagehand an Events, spielte selbst Konzerte. Ihr umfassendes Wissen ist heute gefragt, ebenso ihre Tatkraft und ihr Organisationstalent. Doch fast noch wichtiger ist die Empathie. «Die Sozialkompetenz einer Backlinerin wird oft unterschätzt», sagt Stutz.

Das Bandleben sei weniger glamourös, als es sich die meisten vorstellten. Übermüdete Gitarristen, erschöpfte Sängerinnen. Es brauche ein Gespür für Stimmungen, die richtigen Worte, das richtige Schweigen im richtigen Moment. Und nicht immer entspricht das Bild, das sie sich von einer Band gemacht hat, der Realität: «Manche Bands entzaubern sich selbst», sagt sie.

FLEXIBEL BLEIBEN

Im Moment freut sie sich erst einmal auf die Auszeit. Die erste in ihrem Leben. Die letzten Projekte hat sie übergeben: Elf verschiedene Schwangerschaftsvertretungen sind aufgegleist. Finanziell abgesichert sind die ersten 14 Wochen nach der Geburt. In dieser Zeit erhält sie von der Ausgleichskasse 80 Prozent ihres bisherigen Einkommens. Wenn sie Aufträge hat, sind das im Schnitt pro Tag 500 Franken pauschal. Danach nimmt sie ein oder zwei Monate unbezahlten Urlaub.

«Dann steige ich langsam wieder ein», sagt sie. Wie viel Arbeit neben dem Familienleben Platz haben wird, muss sich zeigen. Sie will sich Zeit geben und herausfinden, was für sie und ihre Familie funktioniert. So, wie sie in der Schwangerschaft ihren eigenen Weg ging, wird sie auch als Mutter ihren Weg gehen.



MARTINA STUTZ IST FÜR JEDEN FALL GERÜSTET: Die Backlinerin sorgt an Konzerten dafür, dass für die Musikerinnen und Musiker alles reibungslos läuft.

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.**



WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031.350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Claudio Carrer, Roland Erne, Sarah Forrer, Niklas Franzen, David Gallusser, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer. Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch. Korrektur Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold. Sekretariat Horly Roncaglioni, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Horly Roncaglioni, Telefon 031.350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.